

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II., Havlíčkovo nám. 32.

Telephone:  
Tagesredaktion: 6795.  
Nachredaktion: 6767.

Postamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der tschechoslowakischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 4. Dezember 1924.

Nr. 284.

## Trivales Spiel mit den Staatsangestellten.

Es hält schwer, das ewige Vertrösten auf die endliche Regelung der Bezüge der Staatsangestellten und Pensionisten anders denn als eine Fopperei zu bezeichnen. Seit vielen Monaten versichern alle Parteien, daß sie die Notlage der Staatsbeamten und der armen Pensionisten anerkennen und zur Hilfe für sie bereit sind. Stillschweigend wurde auch anerkannt, daß Rasinskis seinerzeit unternommene Verbilligungsaktion, die mit der Restriktionierung der Staatsangestelltengehälter begann und mit der Kürzung der Löhne der Arbeiter abschloß, schmächtig vertrachtet ist, da weder die Unternehmer noch der Staat sich dem Kursstand der Krone und der allgemeinen Lohnreduzierung anpaßten, so daß die versprochene Verbilligung der Warenpreise und der Lebensmittel nicht im notwendigen Maße eintrat und der einzige Effekt der Rasinskischen Aktion die Verelendung der Angestellten und Arbeiter war. Seitdem man sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen hatte, schossen die Beamtenfreunde nur so aus dem Boden und die Koalitionsparteien, besonders aber die tschechischen Nationaldemokraten überboten sich in Versprechungen, sie würden ehestens an die Neuregelung der unzulänglichen Bezüge der Staatsangestellten schreiten. Herr Dr. Kramarj hielt in Versammlungen Rede auf Rede, in denen er immer auf neue hervorhob, daß besonders er und seine Partei Tag und Nacht auf eine rasche Lösung dieser brennenden Frage hinarbeiten.

Nach monatelangem Warten, das nur eine weitere Verelendung und Verschuldung der Staatsangestellten zur Folge hatte, erfahren nun die zum Karren gehaltenen Staatsangestellten, daß bisher für die Regelung ihrer Bezüge so gut wie keine Vorbereitungen getroffen wurden, daß über das Wie in der Koalition noch keine Einigung gefunden wurde, und daß nicht einmal festgestellt, woher das Geld für die Besoldungsreform genommen werden soll! Zuerst wurde versprochen, das Parlament werde im September zu einer eigenen Session zusammenreten, um die Wünsche der Staatsangestellten zu erfüllen, später hieß es, an die Neuregelung der Staatsangestelltengehälter werde sofort nach der Durchberatung des Staatsvoranschlages geschritten werden. Nunmehr aber erfolgt eine neue Sinauschiebung der Frage und es stellt sich heraus, daß sich die Parteien der Regierung sowohl über die Art der Besoldungsreform wie über die Frage der Aufbringung der Mittel in den Haaren liegen, ohne daß vor Weihnachten Aussicht bestünde, eine Einigung zu erzielen. Als Weihnachtsgeschenk wird den Staatsangestellten von den Regierungsparteien eine neue Enttäuschung und zudem die Ungewißheit darüber zuteil, wie und wann schließlich eine Verbesserung ihrer Verhältnisse erfolgen wird. Vorläufig ist nicht einmal Aussicht vorhanden, daß sich die Koalitionsparteien darüber verständigen, woher die Mittel zur Erfüllung der Reform genommen werden sollen.

Das Haupthindernis ist in dem nichtswürdigen Doppelspiel zu suchen, das die Partei des Dr. Kramarj treibt. Ihr Mund überfließt von Beamtenfreundlichkeit, aber ihr Finanzminister, Herr Dr. Bečka, hat es bisher nicht einmal für notwendig befunden, einen ernsthaft zu nennenden Antrag anzuarbeiten, der die Bedeckung sichern würde. Wie das „Pravo Lidu“ berichtet, hat Herr Bečka eine Erhöhung der Warenumsatzsteuer um ein Prozent beantragt, was eine Verteuerung der Preise für alle Lebensmittel und Waren zur Folge gehabt hätte. Nach den vorgenommenen Berechnungen wird eine beschiedene Aufbesserung der Gehälter der Staatsangestellten einen Neuaufwand von 600 Mil-

## Hitlers Geldquellen.

Schweizer Wohlthätigkeit für rechtskapitale Putschpläne mißbraucht.  
Böhlische Spigelorganisationen in der Schweiz.

Berlin, 3. Dezember. (Eigenbericht.) Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ macht heute aufsehenerregende Mitteilungen über die Verbindung der Münchener Putschisten mit Geldgebern in der Schweiz. Diese Angelegenheit wird gegenwärtig von der schweizerischen Bundesstaatsanwaltschaft untersucht. Danach waren Hitler und Ludendorff im Herbst 1923 in der Schweiz. Hitler hatte zur Vorbereitung und Durchführung des Novemberputsches in München eine in die Zehntausende von Schweizer Franken gehende Summe erhalten. Ludendorff hatte sich mit einem schweizerischen Generalstabsoffizier über den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen der sogenannten vaterländischen Verbände in Deutschland und der Schweiz unterhalten. Diese organisatorischen Beziehungen bestehen noch heute. Sie gehen soweit, daß Pläne über gemeinsame Erhebungen ausgearbeitet wurden.

Es wurden weiters in den böhlischen Kreisen der Schweiz Gelder im Betrage von mehreren

hunderttausend Schweizer Franken gesammelt, die für wohltätige Zwecke in Deutschland bestimmt waren. Zum großen Teile wurden sie aber für politische Zwecke der rechtsradikalen Verwendung. Mit diesen Dingen steht ein kürzlich erfolgter Betrug eines deutschböhmischen Würdenträgers in der Schweiz in Verbindung.

Genf, 3. Dezember. (Eigenbericht.) Die schweizerische Presse berichtet über eine politische Skandalaffäre, deren Hauptperson ein gewisser Wirthon in Zürich ist, der wegen Unterschlagung von Arbeitslosengelbern zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Dabei kam zutage, daß Wirthon eine internationale Spigelorganisation für Deutschland eingerichtet hatte und als Leiter dieser Organisation mit führenden Personen der vaterländischen Verbände in Deutschland handelte. Er lieferte Nachrichtenmaterial und auch Gelder für die Bezahlung von Spiegeln, deren Aufgabe es war, die Verbindung mit deutschen Geheimorganisationen zu erhalten, die ihrerseits politische Umtriebe in der Schweiz organisierten. Die deutsche politische Polizei ist über diese Angelegenheit unterrichtet.

## Buccinis Beilegung in Mailand.

Mailand, 3. Dezember. (Stefani.) Erzbischof Jose nahm heute im Dom die feierliche Einsegnung der Leiche Buccinis vor. Der Zeremonie wohnten Vertreter der Behörden und eine ungeheure Menschenmenge bei. Sodann bewegte sich der riesige Trauerzug, in dem die Behörden, Vereine und Schulen zahlreich vertreten waren, durch die mit schwarzen Fahnen geschmückten Straßen auf den Friedhof, wo eine Truppenabteilung dem dahingegangenen Dichter militärische Ehren erwies. Buccini wurde vorläufig in der Gruft Toscanini beigesetzt.

## Der frontenfeindliche Kurs in SHS.

Nadić des Hochverrates angeklagt.

Belgrad, 3. Dezember. Ueber Ansuchen des Justizministers Zukinć wird das zuständige Gericht die Anklage gegen Nadić wegen Hochverrates erheben. Nadić soll insbesondere wegen hochverrätherischer Tätigkeit in Mostau gerichtlich belangt werden.

tionen Kronen erfordern, der bei der schlechten Finanzlage des Staates und den gegenwärtigen Einnahmen nicht gedeckt werden kann, da insbesondere darauf verzichtet wird, bei den Heeresausgaben entsprechende Abstriche vorzunehmen. Der Vorschlag des Herrn Bečka, der die Besoldungsreform auf Kosten der konsumierenden armen Schichten der Bevölkerung vornehmen wollte, hat bei den sozialistischen Parteien in der Koalition, insbesondere bei den tschechischen Sozialdemokraten, Widerstand gefunden und dieser Widerstand hat den ebenso unsinnigen wie ungerechten Antrag auch zu Falle gebracht. Die Nationaldemokraten und die Agrarier haben daraufhin eine neue Idee ausgeheckt, die aber nicht weniger unsinnig, empörend und unsozial ist wie die erste. Sie wollen eine Erhöhung der Zuckersteuer vorgenommen sehen. Da die reinen Einnahmen aus der Zuckersteuer jährlich 200 Millionen Kronen betragen und der Zucker gegenwärtig mit 54 Heller pro Kilogramm durch die Zuckersteuer belastet ist, so würde die Aufbringung des notwendigen Betrages von 600 Millionen Kronen eine Zuckersteuer in der Höhe von über zwei Kronen für das Kilogramm notwendig machen! Abgesehen davon, daß dadurch die Staatsangestellten gezwungen würden, für einen nicht unwesentlichen Teil der Kosten der Besoldungsreform selber aufzukommen, würde der Anteil jedes Bewohners der Tschechoslowakischen Republik an dieser erhöhten Zuckersteuer jährlich 48 Kronen betragen, ganz gleichgültig, ob er ein armer Arbeiter oder ein reicher Bankier ist. Das Steuersystem des tschechoslowakischen Staates trägt heute schon die aufreizendsten Merkmale einer unsozialen und vom Geiste des Kapitalismus erfüllten Steuererhebung. Der überwältigende Teil der Steuern wird aus den Konsumenten, aus den Schichten der Arbeiter

und Angestellten und der kleinen Leute herausgepreßt.

Durch diese ungeheure Erhöhung der Zuckersteuer würde dieses System eine unerträgliche Verschärfung erfahren, gegen welchen Plan die Bevölkerung den allerentschiedensten Widerstand leisten müßte. Die Staatsangestellten sollen eine Aufbesserung ihrer Bezüge erhalten, doch gleichzeitig sollen ihnen die paar Kronen Aufbesserung vergällt werden durch den Unwillen und die Verbitterung der Bevölkerung, die, damit der Hunger der Staatsangestellten gestillt werde, mit einer neuen drückenden Steuererhöhung belastet werden sollen. Bei jedem Schälchen Kaffee, das mit Zucker gesüßt wird, soll der Staatsbürger daran erinnert werden, daß es die Staatsbeamten waren, denen die maßlose Verteuerung des Zuckers zu danken ist. Und der arme tuberkulöse Weber im Erzgebirge soll in gleichem Maße zur Tragung dieser neuen Lasten herangezogen werden, wie der reiche Industrielle und Millionär.

Aber die Kramarjleute wollen damit nicht nur ein Attentat auf die arbeitende Bevölkerung verüben und die Möglichkeit zur Verteuerung des Zuckers schaffen, sie suchen auch die Frage der Regelung der Staatsangestelltenbezüge einseitig zugunsten der Staatsangestellten mit Hochschulbildung auf Kosten der niedrigeren Staatsangestellten-Kategorien durchzuführen. Am liebsten möchten sie die Bezüge einer Viertelmillion von Staatsangestellten verringern oder bestenfalls nur in unbedeutender Weise erhöhen, den 20.000 Angestellten mit Hochschulbildung dagegen alles, was an den anderen erspart wird, zuwenden. Die akademisch gebildeten Staatsangestellten zählen eben zum wesentlichen Teile zu den Parteianhängern der Nationaldemokraten, die

## Segen des Militarismus.

Nur von den Lasten, die der Militarismus den Bürgern des Staates aufbürdet, nur von seinen Nachteilen wird gesprochen. Wer aber preist je seine kulturellen Leistungen? Gibt es die? Macht nicht das Waffenhandwerk die Menschen rau, hart sogar roh und gewalttätig? Nun, einer, der es wissen muß, hat dieser Tage im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses die andere Seite des Militarismus, die so selten erwähnte Kulturarbeit, die in der Kaserne geleistet wird, geschwärmt: Herr Udrzal, unser Nationalverteidigungsminister.

In nicht ganz drei Jahren wurde 6567 Analphabeten das Lesen und Schreiben gelehrt. Das Militär hat 34 Bibliotheken mit 283.799 Büchern. In den Militärbibliotheken werden außer den Bibliotheken auch Besessener, Kinetographen, Theater errichtet, gewerbliche und landwirtschaftliche Fachkurse eingerichtet. Und außerdem wird ausgiebig für körperliche Erziehung gesorgt.

Ja, wen packt da nicht tiefe Rührung? Ist's nicht ergreifend, des Staates Sorge um die armen Analphabeten — sogar um solche nichttschechischer Nationalität! — zu sehen? Aber, — nur zögernd wagt sich angesichts solcher erstaunlicher Kulturfortschritte der Widerspruch hervor — aber es darf doch wohl gesagt werden, daß diese Art der Alphabetenerziehung etwas teuer kommt. Seit es den tschechoslowakischen Staat giebt, hat er für militärische Zwecke mehr als 15 Milliarden Kronen ausgegeben. Nun, da kostete jeder der 6500 Analphabeten, die jetzt keine mehr sind, über zwei Millionen Kronen! War es nicht um ein paar Milliarden billiger gekommen, wenn man — chuo Kaserne zu bauen, Uniformen nähen zu lassen und den Analphabeten in ihrer leeren Zeit Kanonen und Gewehre zur Beschäftigung zu geben — jedem Analphabeten einen eigenen Lehrer beigestellt hätte?

Aber wenn man, anstatt deutsche und magyarische Schulen zu sperren, zu den schon vorhandenen noch einige Schulen gebaut hätte?

Nun kann man freilich dem Laien und im Patriotismus minderwertigen Staatsbürger, der solche Einwände erhebt, mit vollem Rechte antworten, daß das vielleicht möglich wäre, daß aber dann die körperliche Erziehung vieler zehntausend Erwachsender ganz unterbleiben würde, — jene Erziehung, die deswegen so segensvoll wirkt, weil

diese ihre Anhänger zufriedenstellen, die hunderttausend andere Angestellten aber mit einem Nichts abspesen wollen.

So ist im Schoße der Ratsa ein heftiger Streit über die primitivsten Voraussetzungen zur Regelung der Staatsangestelltenfrage entbrannt. Die tschechischen Sozialdemokraten wehren sich dagegen, daß zur Bedeckung der fehlenden Summe eine Verteuerung der Lebensmittel durch indirekte Steuern erfolge. Die Heuchelei der bürgerlichen Parteien, die wie immer mit ihrer Beamtenfreundlichkeit prahlen, zeigt sich auch hier in bengalischem Lichte. Diese Parteien hätten es sehr gerne gesehen, wenn die Opposition bei der Beratung des Staatsvoranschlages mit der Obstruktion eingesetzt, das Parlament lahmgelegt und die Verhandlung des Staatsbeamtengehebes verhindert hätte. Es erweist sich, wie richtig die Taktik der tschechischen Sozialdemokraten war, als sie ihrem Protest gegen das schreiend ungerechte Regierungssystem, die Form der Absentierung von den Verhandlungen über den Staatsvoranschlag gegeben haben, daß sie dagegen nicht den Weg zur parlamentarischen Erledigung anderer Fragen, darunter der Staatsangestelltenfrage, verammelten. Nun müssen die Koalitionsparteien Farbe bekennen! Wie wenig Ernst sie dem traurigen Los der Angestellten des Staates entgegenbringen, erweist das Verhalten des Finanzministers und sowohl seiner Partei wie der Partei der tschechischen Agrarier, die bis nun trotz aller Versprechungen es nicht einmal für notwendig befunden haben, für die Staatsbeamtenvorlage ernsthafte Grundlagen zu schaffen.

Es muß alles darangesetzt werden, um den bössartigen Widerstand der falschen Staatsbeamtenfreunde zu brechen, ohne daß die breiten Massen der Bevölkerung mit neuen Lasten bedacht werden!

Se viele, viele Menschen erfasst, die weder in Turnvereinen, noch auf Sportplätzen selber für die Gesunderhaltung ihres Körpers sorgen würden. Aber das stimmt nur umso nochbedenklicher, wenn Herr Udrzal vom Meer als dem großen Erhalter der Gesundheit des Volkes spricht. Denn es ist ja noch nicht so lange her, daß wir diesen Apparat — allerdings gab es damals noch keinen Hochschulturnschirm — in voller Tätigkeit sahen, gewissermaßen in der Vollendungsphase seiner Körperkulturarbeit. Zehn oder zwölfw Millionen körperlich Geschulter liegen in tausend Soldatengräbern. . . .

Aber die Wirksamkeit der körperlichen Erziehung durch das Militär darf man wohl nicht bis zu ihren Endergebnissen durchdenken, ohne in den Verdacht mangelnden Patriotismus zu kommen.

## Inland.

### Aus dem Rump, auschub.

Prag, 3. Dezember.

Der Senats-Budgetauschuss setzt die Debatte in Abwesenheit der Opposition fort und war wurde heute in die Spezialdebatte eingegangen. Außer den Berichterstattern und den Ministern sprachen gegenwärtig auch viele Koalitionssenatoren, die allerlei Beschwerden gegen die Staatsverwaltung vorbrachten. Es ist bemerkenswert, daß sich ein Großteil dieser Beschwerden nicht etwa gegen die so zahlreichen Mängel und Mängel des staatlichen Regimes richtete, sondern daß sich einzelne Senatoren mit lächerlichen Kleinigkeiten abgaben. So verlangte der tschechisch-amerikanische Dr. Brochazka, daß das tschechische Preßbüro über die Sitzungen des Senates „in einer Weise berichte, die seiner Würde entspricht“. Dr. Brochazka ist nämlich oft Referent im Senat und meint offenbar, seine Reden in der Presse allzu wenig gedruckt zu sehen. Und damit geht Herr Dr. Brochazka in die Budgetdebatte des Senatsauschusses! Andere Senatoren befaßten sich mit Militärfragen, manche im Zusammenhang damit mit der kommunistischen Agitation im Heere, wobei sie nach scharfen Maßnahmen gegen die Kommunisten riefen. Senator Kouza nannte die Rede Tausiffs „einen der bedeutendsten Schritte dieser Agitation“ und Krojcher verlangte, daß man nicht nur gegen die Kommunisten, sondern gegen alle Antimilitaristen überhaupt vorgehen müsse.

Der

### Präsident des Bodenamtes Dr. Biskobsky

leitete sich die Behauptung, daß im Bodenamte absolut keine Parteipolitik gebildet werde und daß die Zustellungsbeamten den Anforderungen der Objektivität entsprechen. Das Tempo der Bodenreform sei rasch und werde noch gesteigert werden.

### Außenminister Dr. Beneš

besprach insbesondere den Status unserer Vertretungsämter im Auslande und legte dar, daß wir hierbei möglichst sparen. Er sagte, daß es notwendig ist, einen gewissen Mittelweg beizubehalten, nicht zu überreiben, aber auch nicht in jeder Repräsentationsausgabe einen unrichtig ausgelegten Groschen zu sehen. Das gerade Gegenteil ist oft Wahrheit. Die Politik wird bisher in großem Maße durch gesellschaftliche Beziehungen besonders im Auslande gemacht und hier engberzig zu sparen, könnte auf der einen Seite die Ergebnisse von einigen Kreuzern bedeuten, auf der anderen Seite aber einen Verlust von Millionen. Deshalb müsse sich das Ministerium gegen den Vorwurf des Nichtsparens wehren.

Der Minister teilt weiter mit, daß die Gesandtschaft in Berlin in der nächsten Zeit besetzt werde. Die Frage der Handelsverträge ist gegenwärtig die aktuellste und das Ministerium verhandelt gegenwärtig mit Polen, Ungarn, der Schweiz und Belgien.

## Die Militärbestien von Biribi.

Zu Albert Londres' Buch: „Dant hat nichts gesehen.“

13

Von A. S. Vollen. r.

Von den Straflagern Biribis führen auch Wege nach Cayenne. Mord und Brandstiftung machen den Sträfling zur Deportation reif. In einem Gefängnis bei Alger besuchte Londres die Sträflinge, die ihrer Einschiffung für Cayenne entgegenzogen.

Diese Sträflinge, die alle wegen gemeiner Verbrechen zehn, zwanzig Jahre Zwangsarbeit erhielten, werden meist mit dem Vermerk „gemeingefährlich“ in das betreffende Gefängnis eingeliefert. Der Gefängnisdirektor verklärte Londres aber, daß die allermeisten nach dem Ueberbrennen der Gefängnischwelle sich als äußerst harmlos, willig und gütig erweisen. Denn sehr oft wurden sie nur durch die Zwangslage durch all das, was sie in den Straflagern erleben, zu ihren Verbrechen getrieben. Ein Wille beherrscht sie alle: mit dem nächsten Transport nach Cayenne zu kommen.

Unter diesen Sträflingen befinden sich auch solche, die, unter stillschweigender Umgehung des Reglements, von der Direktion zurückgehalten wurden, da sie sich durch besonders gute Führung auszeichneten und — schuldlos kann man sagen — zum Verbrechen gedrängt wurden. Für sie will

## Botschaft Coolidges an den Kongreß.

Amerika wird weiter helfen. — Kein Eintritt in den Völkerbund. Für eine Abrüstungskonferenz.

Washington, 3. Dezember. (Havas.) In seiner heutigen Botschaft an den Kongreß führte Präsident Coolidge aus: Die Verhältnisse unserer Außenpolitik waren zwölf Jahre lang nicht so befriedigend wie heute. Der Dawesplan ermöglicht den Wiederaufbau Europas. Die Vereinigten Staaten werden auch weiterhin helfen und mit freundschaftlichem Rat und finanzieller Unterstützung, jedoch nur um die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder ins normale Geleise zu bringen, mitwirken. Die Regierung der Vereinigten Staaten wünscht unabhängig und frei zu bleiben. Wir wollen nicht in die politischen Kontroversen

anderer verwickelt werden. Wir wollen nicht Mitglied des Völkerbundes werden und Verpflichtungen übernehmen, die sein Volk auferlegt. Trotz diesem Standpunkte gegenüber dem Völkerbunde sprach sich Coolidge unter gewissen Vorbehalten für den Beitritt der Vereinigten Staaten zum internationalen Gerichtshof aus.

Der Präsident setzte sich ferner für die Einberufung einer neuen allgemeinen Abrüstungskonferenz ein, sobald der gegenwärtige Reparationsplan funktioniert und die Konsolidierung der europäischen Politik hierzu eine günstige Gelegenheit bieten werde.

### Klerikale Schulkreudlichkeit.

Ein Streit der niederösterreichischen Lehrer bevorstehend.

Wien, 3. Dezember. (Eigenbericht.) Unter der niederösterreichischen Lehrerschaft herrscht große Erregung. Es waren nämlich vor einer Woche Verhandlungen wegen Gehaltsforderungen mit der Landesregierung provisorisch abgeschlossen worden; jetzt aber hat der christlichsoziale Referent der Landesregierung den Lehrervertretern mitgeteilt, daß infolge der ungelösten Bedeckungsfrage sich die Landesregierung vor der für den 10. Dezember festgesetzten Konferenz der Regierung mit den Ländern nicht entscheiden könne. Darauf erklärten die Vertreter der Lehrerschaft dieses Vorgehen als einen Bruch der gegebenen Zusagen und lehnten die Verantwortung für die daraus erwachsenden Weiterungen ab. Der Aktionsausschuss der Lehrer ist neuerlich zu Beratungen zusammengetreten, die zur Stunde noch andauern. Wie verlautet, wollen die Lehrer auch vor der Anwendung der schärfsten Kampfmittel nicht zurückweichen und zunächst im Laufe der nächsten Woche einen einseitigen Streik in ganz Niederösterreich durchführen.

### Der Textilarbeiterstreik in Polen.

Vor Verschärfungen.

Lodz, 3. Dezember. Die Streiklage in der Textilindustrie ist weiterhin gespannt. Unter dem Druck der Arbeiterschaft strebt die Streikleitung eine Verschärfung des Streikes, sowie eventuelle Proklamierung eines Generalstreikes an, der sich auch auf die gemeinnützigen Anstalten erstrecken soll. In einigen Fabriken sind Terrorakte gegenüber Streikbrechern vorgekommen.

### Innenminister Rathpelt

beantwortete in der Debatte eingebrachte Anfragen, sagte, daß sich seine Beamenschaft nach dem Grundsatz: „Die Aemter sind für die Bürgerschaft da und nicht umgekehrt“ richte und vermies auf die Notwendigkeit der Umisierung der Verwaltung, wobei er seine bereits im Abgeordnetenhaus vorgetragene Ansicht über die Landesverwaltung Böhmens, Mährens und Schlesiens neuerlich vorbrachte.

### Minister für nationale Verteidigung Udrzal

freute sich über den militäristischen Geist der Koalitionssenatoren und sagte, daß das Budget mehr herabgesetzt worden sei, als es für sein Ressort gefund sei. Der Minister ist überzeugt, daß das Parlament der Armee, alles was sie braucht, bewilligen würde. Besonders tut es dem Minister leid, daß wir zu wenig Flugzeuge haben. Der Minister bespricht das Wahlrecht der Soldaten, das seiner staatsbildenden Partei nützlich und eine Domäne der antistaatlichen Elemente geworden sei. Der Minister erklärt, daß er die kommunistischen Umtriebe genau verfolgt und er meint,

### „Informationen“ Englands an den Völkerbundrat.

London, 3. Dezember. (H. A.) Staatssekretär für Neuere, Austen Chamberlain gab vor seiner Abreise nach Rom auf einem ihm zu Ehren veranstalteten Festabend eine Erklärung über Ägypten ab, wobei er sagte, es sei vollkommen klar, daß das, was in Ägypten geschehen sei, den Völkerbundsakt nicht berühre, doch hätten ihn aus Achtung vor dem Völkerbunde seine Kollegen damit betraut, dem Rat Informationen zu geben.

Chamberlain erklärte weiter, daß die Ermordung des Sidars nach einer bewußt gegen England gerichteten Politik erfolgt ist, und erwähnte auch die Warnung, welche Ramsay MacDonald als Premierminister im Zusammenhang mit der Politik der ägyptischen Regierung gegenüber der Haltung Großbritanniens in Ägypten und im Sudan an Jaglal Pascha ergangen sei. Es konnte durchaus nicht gestattet werden, daß die Dinge ihren Fortgang nehmen.

### Auch Brasilien versperert sich der japanischen Einwanderung.

New York, 3. Dezember. (Hantspruch.) Nach einer Meldung aus Tokio benachrichtigte der brasilianische Konsul die japanische Regierung, er habe Instruktionen, die Gewährung von Visas für Auswanderer nach Brasilien zu suspendieren. Der Chef der Einwanderungsabteilung des Auswärtigen Amtes Matsumu erklärte, falls diese Mitteilung eine Ausschließungspolitik gegen Japan anzeige, nehme die Lage, was Japan betreffe, einen ersten Charakter an.

daß der Staat mit den bisherigen Mitteln gegen die Kommunisten nicht auskommen werde. Schließlich verweist der Minister auf andere Staaten, die für Militär mehr ausgeben als wir. Finanzminister Becka antwortete hierauf auf verschiedene in der Debatte vorgebrachte Wünsche und Beschwerden. In der weiteren Debatte kam noch der Leiter des Schulministeriums Dr. Markovic zu Worte, der auf die Hochschulen zu sprechen kam und Erparungen annehmen durch Vereinigung, beziehungsweise Auflassung einiger Fakultäten und Institute ankündigte. Die Angelegenheit stehe im Stadium vorbestehender Untersuchungen und sei derzeit noch nicht sprachreif.

### Abgeordnetenhaus.

Prag, 3. Dezember. Der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sind die deutschen Abgeordneten fern geblieben. Das Haus verhandelte das Gesetz über die Änderungen einiger Bestimmungen im Ge-

## Ein Ubaebauer.



Tropfi in der Karikatur.

richtsverfahren. Es handelt sich um die Verlängerung des aus dem Jahre 1923 stammenden Gesetzes.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete das Gesetz über die Einkommensgrenze, die den Bezug der Kriegsbeschädigtenrente ausschließt. Aus den Ausführungen des Berichterstatters ging hervor, daß es bei uns 264.189 Invaliden, 143.014 Witwen, 277.332 Waisen und 117.010 anderer Personen gibt, also insgesamt 800.000 Personen, die sich um den Bezug der Rente angemeldet haben. Es wurde vom 1. Juli 1919 bis zum 30. Juni 1924 1.992.665.748 Kč ausbezahlt. In der Debatte sprachen der Kommunist Kudara, der tschechische Sozialdemokrat Novak und die tschechische Nationalsozialisten Podzimel. Nach dem Schlußwort der Berichterstatter wurde die Vorlage angenommen.

Nach Verhandlung des Gesetzes über das Verbot der Errichtung neuer Betriebe in Groß-Wien, wobei in der Debatte über das Wiener Bier Bieringenieur Pils sprach, und Erlebung zweier Juwelenfälle — wurde die Sitzung geschlossen.

### Die nationale Einheitsfront.

Der „Teplitz-Schönbauer Anzeiger“ nimmt in einem Leitartikel zu den Ausführungen des Gen. Dr. Heller in einer Teplitzer öffentlichen Versammlung über die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien nach Schaffung einer Einheitsfront aller deutschen Parteien Stellung. Gerade dieser Artikel ist ein Beweis mehr für die Unmöglichkeit dieser Einheitsfront, weil er beweist, wie gering die Einsicht bürgerlicher Politiker in die wirklichen Tatsachen ist.

Gen. Dr. Heller hat seinem persönlichen Standpunkt dahin Ausdruck gegeben, daß ihm diese sogenannte Einheitsfront weder möglich, noch zweckdienlich erscheint. Nicht möglich, deshalb, weil die sozialen Gegensätze zwischen Bürgertum einerseits, Arbeitern und Angestellten andererseits unüberbrückbar sind, und er hat an den Beispielen von Eger und Joachimsthal aufgezeigt, wie sehr der von den bürgerlichen Parteien so unheimlich scharf betonte Klassengegensatz ihr nationales Empfinden übersteigt, da sie an der Spitze der Bezirksverwaltungscommission lieber den Beauftragten der tschechischen Regierung, als den deutschen sozialdemokratischen Arbeiter sehen. Es ist bezeichnend, daß die gesamte deutschbürgerliche Presse, der „Teplitz-Schönbauer Anzeiger“ eingeschlossen, nicht ein Wort der Zurückhaltung gegenüber diesem aufliegenden nationalen Verrat der deutschbürgerlichen Parteien findet, ja, daß sie die Tatsachen ihren Lesern einfach verschweigt. Aber Eger und Joachimsthal sind ebenso nur Symptome, wie das Verhalten man-

ihnen, als einem früheren Sträfling stets lasten wird, werden auszuweichen vermögen. Sie alle haben eine unausrottbare Sehnsucht nach dem Zibitgeländnis. Derart tief hat der Nach gegen alles Militärische in ihnen Wurzeln geschlagen! . . .

Einen fast unglaublich klingenden Fall erwähnt Londres hiebei, auf den er mit Recht unsere Parlamentarier aufmerksam macht: in dem Gefängnis, in dem sich die zur Deportation Verurteilten befinden, begegnete er ebenfalls einer Gruppe militärischer Relegierter Sträflinge, die ihre Strafe verbüßt haben, aber für eine gewisse Zeit des Landes verwiesen sind. Da man vergessen hat, einen Aufenthaltsort für sie zu bestimmen und da sie von Rechts wegen nicht nach Cayenne geschickt werden dürfen, befahl man sie einfach hinter Schloß und Riegel im Gefängnis. Diese Ex-sträflinge protestierten bei Londres. Auch sie wollen nach Cayenne. Fruchtlos auch bei ihnen alle Vorstellungen, daß ein Relegierter in Cayenne weiter Sträfling bleibt solange seine Doublage dauert. Sie haben nur eine Frage auf alle diese Vorstellungen: dürfen wir in Cayenne auch? Ja! Dann also! Mehr wollen sie nicht!

Es gibt auch Vorgesetzte, die etwas anders geartet sind als die „Grande Marcelle“ von Douera, der Londres ein besonderes Kapitel widmet, eine der bestialissten Kanakillen Birbis, wie Londres selbst sie nennt, Marcel mit dem hübschen unschuldigen Mädchen Gesicht, den sie deswegen in

Marcelle umtauschen. Marcel, der alle Quälereien im Scherz betreibt: der den Arrakanten Kochgeschirre mit menschlichem Kot, statt mit Essen hinstellt, seinen Hund mit dem Essen der hungernden Sträflinge füttert und diese dafür — damit sie fett werden sollen? — mit einem Ochsenhinterbein beauftragt; der einen ganz raffinierten Trick für die Balsgulle erfinden hat: die obere Hälfte des Kochgeschirrs mit gewöhnlichem Essen, die untere Hälfte mit einem halben Pfund Salz füllt; der die Sträflinge auf allen Bieren zum Essen holen kriechen läßt; der sich oft den abscheulichen Scherz mit den Sträflingen erlaubt einigen ihre Begnadigung mitzuteilen abwartet bis sie Abschied gefordert, ihre kleinen Habs den Kameraden geschenkt haben und sie dann ausläßt, weil ja alles nur ein „Spaß“ war. Ein Spaß, wach ein Spaß für diese mahllos Ertäuschten!

Alle sind nicht wie diese Birbibestien Londres ist einem — einem! — begegnet, dem Sergeant Flandrin im Bager von Dahara. Dieser Sergeant Flandrin hatte es innerlich zweier Monate fertig gebracht im Bager Zufriedenheit und Freude unter den Sträflingen herzustellen. Fast jeder Sträfling fürchtlich musterhaft auf, weil sie wieder menschenwürdig behandelt würden! Dieser eine Sergeant, dieser weiße Rabe, dem Londres in Biribi begegnete, stand aber davor, ins Zibit elben zurückzukehren. . . .

(Fortsetzung folgt.)

Die Dienstpragmatik der Bankbeamten.

Unannehmbar Vorschläge des Bankenverbandes.

Der Verband der Bank- und Sparkassenbeamten und das „Sdzruzeni penezivno uradnictva“ teilen mit: Gestern fand die zweite Verhandlung mit den Vertretern des Bankenverbandes über die Dienstpragmatik der Beamten...

cher deutschbürgerliche Stadtvertreter in Teplitz Genossen Wahle gegenüber.

Herr Dr. E. G., der Verfasser des Artikels, meint, die Versammlung sei von den Ausführungen des Gen. Dr. Heller über die Einheitsfront nicht überzeugt worden. Uns scheint die Zustimmung der Versammlung zu den Ausführungen des Gen. Dr. Heller gerade in diesem Punkte die lebhafteste war.

Zu dem Artikel finden sich auch sonst Ungenauigkeiten. Von schwarz-rot-goldenen Farbenjubeln sprach Gen. Dr. Heller überhaupt nicht; ferner hat Gen. Dr. Heller niemals von einer „Bedingungslos“ Verbindung mit den tschechischen Sozialdemokraten gesprochen.

„Lemberg noch in unserem Besitz?“

Bericht aus dem völkischen Kriegspressequartier.

Wer kennt nicht die zum geflügelten Wort gewordene Lügenmeldung des 1. u. 2. Kriegspressequartiers, die in den Tagen des vollständigen Zusammenbruchs der österreichischen Kriegskunst in Galizien versicherte, Lemberg sei noch in unserem Besitz? Diese famose Art der Berichterstattung haben sich nun unsere Gelben zu gelegigt, da es den bevorstehenden Bankrott ihrer reichsdeutschen Gesinnungsbrüder zu verschleiern gilt.

Vom deutschen Wahlkampf.

Kommunistische „Arbeiterführer“ im Urteil ihrer Parteigenossen.

Unser Leipziger Bruderblatt schreibt:

In den Augen der Kommunisten erscheint jeder Arbeiterführer, der nicht auf den Ratschissnis Snowjews hört, als ein „Verbrecher“, ein „Verräter“, ein „Kakai“ oder ein „Kettenhund der Bourgeoisie“.

Berrat innerer Parteiangelegenheiten. Schütz verriet in einer Verhöhnung an den Volkswillen, daß die SPD. geschäftliche Beziehungen zum Valutaspekulanten und Zementfabrikanten L. hatte, der der SPD. ein Haus gekauft habe.

Auslieferung von Parteigenossen an bürgerliche Behörden. Er diktierte einer unwissenden Frau einen Brief an die Gefängnisinspektion Vielesfeld, durch den dem Genossen Kühnhauser der Urlaub aus der Festungshaft gesperrt werden sollte.

Intrigenspielerei. a) In seinen unterirdischen Kämpfen gegen eigene Parteigenossen ist ihm jedes Mittel recht. b) Er übt. c) Er verknüpft. d) Er beschimpft. e) Er wendet die niederträchtigste, gemeinste und schmutzigste Kampfmethode an.

lichte in Deutschland abzuschätzen. So schwer es ihm fällt, muß Herr Krebs dann doch eingestehen, daß die Wahlaussichten seines Freundes Ludendorff und der verbündeten Generalstabsproletarier hundelnd sind. Als einer der Gründe der kommenden Pleite wird angeführt, daß die reichsdeutschen Nationalsozialisten im Wahlkampf allein stehen.

Und weil sich zu allem Unglück die Völkischen noch kräftig in den blondgermanischen Gaarbüscheln liegen, haben sie nach Krebs in ihrem „Stammland“ Bayern mit einem Verlust von 150. bis 200.000 Stimmen zu rechnen. Von dieser Pleite wird abgesehen herrscht aber — wie der Bericht weiter glauben machen will — bei den deutschen Salenkreuzlern „Hoffnung auf guten Erfolg“.

Woju Udrzal die Steuergerlder verwenden et.

Der Minister für nationale Verteidigung macht Geschäfte mit den Benzinhelden.

Die „Rová doba“, das Blatt des Ministers Gabrman, polemisiert in einem Leit-

Artikl: „Wer verschleudert die Staatsgelder?“ gegen Kramak, der seinerseits die Sozialisten für die schrecklichen finanziellen Verhältnisse des Staates verantwortlich gemacht hat und auf ihre Verschwendung den Artikel der „Times“ zurückführt.

Verletzung der proletarischen Moral. a) Schütz besuchte in einer Zeit (1923) als die Arbeiter nicht wußten, wovon sie die färgliche Nahrung für sich und ihre Familien kaufen sollten, Weinlokale (Kaslo Rosa) und Lebeweltcafé (Kofenhof).

Verzählche und politische Feigheit. a) 1921 verließ er von Roers, ohne die Verantwortung für seine Taten zu übernehmen. b) Während der Kohnen-Demonstration verlor er sich im Lokal Lanfersid in Dortmund. c) Als Schütz nach der Pfingstaktion 1923 in Haft war, erklärte er zu Protokoll des Untersuchungsrichters, er habe die Aktion nicht gewollt und abgemwärt.

Artikel: „Wer verschleudert die Staatsgelder?“ gegen Kramak, der seinerseits die Sozialisten für die schrecklichen finanziellen Verhältnisse des Staates verantwortlich gemacht hat und auf ihre Verschwendung den Artikel der „Times“ zurückführt.

„In diesen Tagen hat der Minister für nationale Verteidigung Udrzal in Vertretung des Ministeriums einen Vertrag unterschrieben, der abgeschlossen wurde zwischen diesem Ministerium einerseits und der agrarischen Vereinigung landwirtschaftlicher Genossenschaften und der Gesellschaft „Tschod“ andererseits darüber, daß diese Korporationen sich verpflichten, auf die Dauer von fünf Jahren, d. i. von 1923 bis 1928, auf dem Boden der Republik 2000 Waggons Salpeter einzulagern, mit dem sie in den Frühjahrsmonaten Handel treiben können und den sie im Herbst wieder auf das vorgeschriebene Quantum anzufüllen hätten.

Das Blatt führt dann weiter aus, daß das Uebereinkommen gar keinen praktischen Wert habe, daß es lediglich bedente, daß man den Agrariern 20 Millionen in den Taschen wiesl. Um die Konkurrenz auszuschalten, habe man die beiden Firmen ein Uebereinkommen schließen lassen, ohne daß Offerte ausgeschrieben wurden.

Wir hätten dazu nur noch zu bemerken, daß die tschechischen Sozialdemokraten angelegentlich solcher Vorkommnisse doch darüber nachdenken sollten ob unser Kampf gegen das System, in dem solche Geschäfte schon alltäglich geworden sind wirklich aller Grundlagen entbehrt.

Wir hätten dazu nur noch zu bemerken, daß die tschechischen Sozialdemokraten angelegentlich solcher Vorkommnisse doch darüber nachdenken sollten ob unser Kampf gegen das System, in dem solche Geschäfte schon alltäglich geworden sind wirklich aller Grundlagen entbehrt.

den bezogenen Proleten bietet, Brot und Spiele. Hinter freiem Fraß, Saft und Spielen vergricht der irreführte Arbeiter sehr gern seine Klassenmission.

Das Leben des Herrn Max Schütz zum Grundsatze erhoben, zerbricht der sozialen Revolution das Genid. Max Schütz ist nicht ein beliebiger Soldat aus den Reihen der kommunistischen Partei.

„Er ist ein Mensch, der durch seine Charaktereigenschaften und seine geistige und politische Einstellung zu einer dauernden Gefahr für die SPD. und die moderne Arbeiterbewegung geworden ist.“

Das also find die „Stützen der Partei“, die von Ruth Fischer zur rein bolschewistischen umgestaltet worden ist. Auf allen Gassen wüten die Kommunisten gegen die Sozialdemokratie, und die berühmten 7000 Opfer in den Gefängnissen gehören zu dem eisernen Bestandes jedes kommunistischen Radoubroders.

Der Zerfall der Völkischen.

Führer aus der Partei ausgezogen. München, 3. Dezember. (Eigenbericht.) Der bisherige völkische Landtagsabgeordnete und frühere Münchner Polizeipräsident im Silberputz, Pöchner, hat seinen Austritt aus der Landtagsfraktion des völkischen Blodes und der Parteileitung mit einem Schreiben bekanntgegeben.

Ausland.

Mahnt das Gewissen?

Das Wüten der Reaktion, das in Estland nach dem verunglückten Putsch sofort eingekert hat, läßt aufsehen auch die Kommunisten darüber, nachdenkender, welche Gewissenlosigkeit sie sich wieder geleistet haben.

„Welcher Fall immer hier obwaltet, die Sympathien des Proletariats aller Länder sind auf der Seite der Unterdrückten, gefolterten Arbeiter und Bauern Estlands, deren Opfermut und revolutionäre Kühnheit bewundernswert ist.“

Selbst wenn es sich nicht um einen lange vorbereiteten Putsch handelt, so bleibt die Schuld der Kommunisten trotzdem bestehen. So richtig es ist, daß die Sympathien aller Proletarier auf der Seite der estnischen Revolutionäre stehen, so sehr muß betont werden, daß durch kommunistische Schuld Arbeiterblut in Strömen geflossen und nach den vorläufigen Meldungen weit über hundert Arbeiter auf den Barricaden oder vor den Standgerichten ihr Leben lassen mußten.

Prager Kurse am 3. Dezember.

Table with 3 columns: Currency, Gold, and Ware. Lists exchange rates for various currencies like 100 holl. Gulden, 1 Billion Parz., etc.

# Tages-Neuigkeiten.

## Wieder eine Affäre.

Als seinerzeit eine Reihe großer Korruptionsaffären in diesem Staate aufgedeckt wurde, war der überwiegende Teil der Bevölkerung einer Meinung: so durfte es nicht weitergehen, es mußte sofort gründlich Ordnung geschaffen werden. Der Verwaltungsapparat des Staates mußte von allen dunklen und moralisch unzuverlässigen Elementen befreit werden. In der Bevölkerung mußte wieder der erschütterte Glaube an die Ehrlichkeit und Willkür der Angestellten des Staates gefestigt werden.

Es waren das damals durchwegs angesehene, einflussreiche Persönlichkeiten, die sich als korrupt erwiesen hatten. Die volle Schärfe des Gesetzes mußte sie treffen, weil sie an exponierter Stelle so jämmerlich verfaßt haben — so lautet damals die Forderung der tschechischen Presse, wenigstens für kurze Zeit. Dann wurde der oder jener verurteilt, die Mehrzahl der Affären verlief jedoch im Sande. Die tschechische Presse verzog wieder, die Bevölkerung aufzurütteln, heute laufen unzählige als angesehene Bürger wieder ungehindert herum, denen noch vor wenigen Monaten jeder anständige Mensch die Hand zu reichen sich weigerte.

Die „Arbeit“ dieser Unantastbaren scheint Schule zu machen. Der Geist der Korruption, Verschleichheit und Unehrlichkeit droht bereits auch Schichten zu vergiften, die nicht zu den immun gewordenen Spitzen der Bürokratie gehören.

Im Nationalverteidigungsministerium ist soeben wieder eine kleine Affäre aufgedeckt worden. In der Abfertigungsabteilung dieses Ministeriums zahlte der Rotminister Franz Slavob die Gehälter aus. Am Montag wurden ihm 80.000 Kronen zur Auszahlung übergeben, von denen er nur einen Teil tatsächlich auszahlte. Dann unterbroch er die Auszahlung und entfernte sich mit dem Bemerkten, daß er noch in einem Anzuge zu tun habe.

Stvor kehrte nicht mehr zurück. Die Nachforschungen ergaben, daß er nach Unterbrechung der Auszahlung zu Hause gewesen war und rasch Vorbereitungen zu einer Reise getroffen hatte. Er ist jedenfalls nach Deutschland entflohen. Die Kasse, aus der er die Auszahlungen vornahm, war leer. Stvor hätte schon vor längerer Zeit wegen Fälschungen aus seiner Kanzlei verhaftet werden sollen, doch es geschah ihm nicht, er erhielt vielmehr noch die Auszahlung der Gehälter anvertraut. Eine strenge Untersuchung ist, wie gemeldet wird, eingeleitet worden.

Den „kleinen Gauner“ wird man vielleicht fangen und sicherlich auch streng bestrafen. Die anderen werden weiter frei herumlaufen, der Vergiftung des öffentlichen Verwaltungsapparates wird auch ferner nicht Einhalt getan werden, da niemand sich heute mehr getraut, das Uebel an seiner Wurzel tödlich zu treffen.

## Die achtsache Mordtat in Haiger — das Werk des „überfallenen“ Willensbesitzers selbst!

Wir haben gestern berichtet, daß in Haiger bei Siegen in der Rheinprovinz die Villa des Direktors Angerstein in der Nacht überfallen und angezündet wurde. Die offizielle Meldung wußte zu berichten, daß 20 Banditen die Villa gestürmt und dabei ein Blutbad angerichtet hätten. Acht Personen waren ermordet worden. In den gestrigen Berliner Frühblättern hieß es dann, daß nach den vorläufigen polizeilichen Feststellungen fünf bis sechs Personen an dem Ueberfall beteiligt waren. Es sei ferner einwandfrei festgestellt worden, daß es sich um einen großangelegten Raubzug zur Erbeutung der Lohngehälter handelte, die der in seiner Villa überfallene Angerstein als Prokurist in seinem Hause aufbewahrte.

Nun hat, wie aus Haiger gemeldet wird, die Mordaffäre eine sensationelle Wendung genommen. Es ist jetzt mit Bestimmtheit anzunehmen, daß Angerstein seine ganze Familie und seine Angestellten ermordet hat. Der Frankfurter Gerichtsschemiker hat an den in der Villa gefundenen Gegenständen, der Axt, dem Jagdweiser, dem Rucksack und an den Ermordeten Fingerringen drücke festgestellt, die mit denen Angersteins vollkommen übereinstimmen. Angerstein hat bis jetzt kein Geständnis abgelegt, er ist aber so gut wie vollkommen überführt. Er muß zwischen drei und vier Uhr die Mordtaten begangen haben. Er ist dann weggegangen, um ein Alibi nachzuweisen, hat in einem Geschäft eine Tafel Schokolade gekauft mit den Worten, das wäre für seine Frau. Gegen 6 Uhr muß er nach Hause gekommen sein. Er hat dann alles mit Benzol überdeckt und die Möbel in Brand gesteckt, um die Leichen zu verkohlen und das Haus zu vernichten, um so die Spur zu verwischen. Er hat sich dann Verbündungen beigebracht, die ziemlich schwerer Natur, aber nicht tödlich sind. Angerstein hatte Differenzen mit seiner Firma. Er hat jedenfalls ziemlich bedeutende Unterschlagungen begangen und von einem Vertreter der Firma ist ihm wiederholt und in letzter Zeit sehr energisch nahegelegt worden, die Differenzen auszugleichen. Angerstein hat große Grundstücke gekauft und erklärt, er habe das Geld von seinem Bruder aus Argentinien erhalten, der jetzt in Düsseldorf lebt und der nach Haiger übersiedeln wolle. Es ist jedesfalls alles ein Vorwand gewesen, um die Unterschlagungen zu bemänteln. Jedenfalls atmet man in Haiger auf, daß es nun feststeht, daß niemand aus der Gegend an den furchtbaren Mordtaten beteiligt ist.

# Gegen die Waldverschacherung.

## Zur Gründung der gemeinnützigen Waldgenossenschaft der westböhmlischen Gemeinden und Bezirke.

Genosse Adolf Jörkler, Petschau, veröffentlicht in unserem Karlsbader Bruderblatt einen längeren Aufsatz über die Bodenreform in der Tschechoslowakei, aus welchem hervorgeht, daß eine aus westböhmlischen Selbstverwaltungskörpern gebildete Waldgenossenschaft bemüht ist, die vom Staate beschlagnahmten Großwälder der Domäne Petschau in ihren Besitz zu übernehmen, um auf diese Weise die Verschacherung und Ausplünderung dieser wertvollen Wälder durch Privatkapitalisten zu verhindern. Es handelt sich dabei um ein Projekt von großer Tragweite und Bedeutung. In der Erwägung, daß viele unserer Gemeinden an dem Waldproblem bei der Bodenreform interessiert sind, geben wir im folgenden einen Teil der Ausführungen des Genossen Jörkler wieder:

Die Bezirke Petschau, Karlsbad, Duchau, Ludiß und Manetin haben sich mit vierzig Gemeinden zur Gründung einer gemeinnützigen Waldgenossenschaft zum Ankauf der Restgüter der Domäne Petschau im Ausmaß von etwa 6000 Hektar Forstbesitz zusammengeschlossen. Das Genossenschaftsstatut ist bereits ausgearbeitet. Durch Abhaltung von sieben Anstößen und Sitzungen ist in diesen Bezirksgemeinden das volle Verständnis für die Sache geweckt worden, alle Vorarbeiten sind erledigt, so daß der gefestigten Anforderung formal nichts im Wege steht.

Wenn die bodenständigen Kommunalverbände diese Forste in das Eigentum übernehmen, so bleiben laut Statuten allen im Paragraph 1 des Gesetzes vom 30. Jänner 1920, Nr. 81, genannten Einzel- und juristischen Personen die Rechte gesichert. Die Vergebung solcher Rechte ist im Sinne der Begünstigung der Winderbemittelten festgelegt. Aus Gründen der ordentlichen Wirtschaftsführung können Kommunalverbände nur den gefestigten Uebernahmepreis zahlen. Die Kommunalverbände treten als gemeinsam juristische Person auf. Dadurch werden die Angestellten eines Genossenschaftsunternehmens. Die Ertragsfrage für die Angestellten ist somit gesichert. Die Anteile sind auf 450 K angesetzt und entspricht so etwa 15 Prozent des bodenmäßigen Hektarpreises, was zur Uebernahme genügen könnte, wenn, wie im Gesetze bestimmt, neun Zehntel des vom Bodennam festgesetzten Grundpreises unfindbar gegen drei Prozent Verzinsung und ein halbes Prozent Abzahlung unter einem halben Prozent Entschädigungsbeitrag verbüßert, halten bleiben können. Nur so ist der Ankauf mit diesem Anteilkapital möglich. Die Anteile werden verzinst. Ein Gewinnanteil kann, insoweit nicht der Uebernahmepreis gedeckt ist, nicht zur Aufteilung kommen. Nach Abstattung der Schuld müßte

ein Reservefonds zum Ueberst in der Höhe des Genossenschafts-Anteilskapitales angelegt werden. Erst nach Bildung dieser Reserve können die Genossenschaftler aus dieser Erwerbung für ihren Kommunalhaushalt schöpfen.

Die Anforderung der Waldgenossenschaft stützt sich — wie Genosse Jörkler weiter ausführt — auf den § 21 des Zuteilungsgesetzes, wo es heißt, daß den Gemeinden, in deren Bereich der beschlagnahmte Boden liegt, die Möglichkeit einer Kommunisierung ihres Besitzes geboten werden soll. Das wird durch die Genossenschaftlichen Zusammenschluß der Gemeinden am ehesten erzielt. Auch wird damit gerechnet, daß von dem gesetzlich festgelegten Uebernahmepreis der vorgezogene Nachschuß von 15 Prozent gewährt wird, da es sich um ein Objekt von mehr als 5000 Hektar Ausmaß handelt.

Die Geldaufbringung der Genossenschaftsanteile ist in dem Bereich dieses 40 Gemeinden und 5 Bezirke umfassenden Kommunalverbandes zum Teile möglich. Die Genossenschaft kann zu diesem Zwecke diese 15 Prozent zu einem höheren Zinssfuß als die Sparkassen den Einlegern gewähren, das Geld verzinsen, aber niedriger als solche Institute Geld verleihen. (Wenn Zinsen und Abzahlung dieser 15prozentigen Anteilsschuld 7 Prozent betragen, die neun Zehntel Restschuld samt Bankregiebeitrag und Amortisationen vier Prozent, so ist die Durchschnittsquote 4 1/2 Prozent.) Unter diesen Voraussetzungen ist die Grundablösung und Uebernahme in das Kommunal-eigentum möglich.

Das sind in wenigen Umrissen die Grundgedanken der Vereinigung. Es wird dadurch erreicht, daß der Forstbestand zum mindesten im Laufe von 25 Jahren aus sich selbst heraus sich bezahlt macht und nach Rücklegung des Reservefonds die Gemeinden sich eine sichere Grundlage zu schaffen, die außerdem noch Bodenkulturinteressen für sich gewahrt haben.

Soweit die Darlegungen des Genossen Jörkler. Sie liefern den Beweis, daß die westböhmlische Waldgenossenschaft ein ernstes und wohlbedachtes Unternehmen ist. Nachdem die angeforderten Forste nach ihrer Lage keineswegs aus „strategischen Gründen“ vom Staate beansprucht werden können, so ist nun das Bodenamt vor die Entscheidung gestellt, ob es die Wälder der Domäne Petschau einigen gewissenlosen Spekulant und Waldverderbern oder einer wohlwollenden, mit allen gesetzlichen Erfordernissen ausgestatteten Selbstverwaltungskörper-Genossenschaft zuteilen will. Die Entscheidung des Bodenamtes in dieser Frage wird ein Prüfstein für den Inhalt der Bodenreform sein.

### Geständnis des Mörders.

Wie spät nichts aus Berlin gemeldet wird, nahm heute früh der Kreisarzt von Haider in der dortigen Leichenhalle die Sektion der Leichen der Ermordeten vor. Angerstein wurde auf einer Tragbahre aus dem Krankenhaus nach der Halle gebracht. Er legte sich zunächst immer noch hartnäckig, aber im Kreuzverhör des Simburger Oberstaatsanwaltes verwickelte er sich fortwährend in Widersprüche, so daß ihn dieser für verhaftet erklärte. Auf Zurufen des Oberstaatsanwaltes gab er schließlich unter Tränen zu, daß er die gestrigen in seiner Villa umgekommenen acht Personen vorsätzlich und mit Absicht getötet habe.

Das Prager Wohnungselend dauert unermindert fort. Bei der sozialen Beratungskonferenz der Hauptstadt Prag trafen 7000 Gesuche um Verleihung von Wohnungen in den Prager Neubauten. Demnächst soll die Entscheidung getroffen werden, wobei festgestellt werden muß, daß bei weitem nicht eine solche Anzahl von Wohnungen zu vergeben ist. Daß die Wohnungen in den Gemeindeneubauten nicht gerade billig sind, ist allgemein bekannt. Die Höhe der Zinse ist annähernd folgende: Eine Einzimmerwohnung in den Neubauten für Delogierte würde 1172 bis 1560 K jährlich kosten, eine Wohnung von einem Zimmer und Küche 1766 bis 3876 K (am wenigsten in den Zinshäusern in Lieben und am teuersten in den Budenischer Häusern, wo für ein Zimmer und Küche 3167 bis 3876 K jährlich gezahlt wird), eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche soll 2996 bis 6243 K kosten. Eine dreizimmerige Wohnung in Lieben wird auf 4632 K kommen.

Selbstmord der Jugend. Aus Berlin langt folgende Meldung ein:

Doppelselbstmord eines sechzehnjährigen Liebespaars. In einem Berliner Hotel hat gestern ein blühendes Liebespaar Doppelselbstmord verübt. Es handelt sich um den 16 Jahre alten Drogisten Hans Ködler aus Wiesbaden und die gleichaltrige Marie Weigel aus Mainz. Die beiden waren vorgestern im Hotel abgemietet, machten kleinere Ausflüge, kamen aber dann nicht mehr zum Vorschein. Als man gestern abends in ihrem Zimmer nachschauen hielt, fand man das Paar tot in den Betten. Die beiden jungen Leute, die fast noch Kinder sind, hatten Gift genommen. Irrendwelche Aufzeichnungen haben sie nicht hinterlassen. Wahr-

scheinlich aber ist unglückliche Liebe die Ursache der traurigen Tat.

Überall hat die Sittenpolizei ihre Augen. In die geheimsten Winkel des privaten Lebens dringt sie ohne Diskretion ein und macht die Liebe in jeglicher Form zum Gegenstand öffentlichen Disputis. Wenn aber zwei Sechzehnjährige ein Hotelzimmer mieten, tagelang in Berlin sind, dann weiß die Behörde nichts davon. Da man erzählt sie es erst, wenn zwei junge schöne Menschenleben vernichtet sind, die wahrscheinlich getötet werden konnten, wenn die Eltern der Kinder rechtzeitig von dem Ausfluge erfahren. Traurige Prophanie einer traurigen Zeit!

Zu dem Eisenbahnunglück bei Raschau wird offiziös gemeldet: In Budapest, Prager und Wiener Blättern erschienen übertriebene Berichte über ein Eisenbahnunglück bei der Station Ruskow in der Nähe von Raschau. Es wurde behauptet, daß drei Personen getötet, 14 schwer und 41 leicht verwundet wurden. Diese Berichte sind stark übertrieben. Wahr ist lediglich, daß am 27. vorigen Monats der Zug Nr. 1107 in Ruskow infolge schadhafte Geleises an den Eisenbahnstamm anfuhr, die Lokomotive stoben blieb und vier Wagen entgleisten; es wurde jedoch weder jemand getötet noch schwer verwundet. 3 zwölf Personen wurden leicht verletzt. Der Verkehr wurde nicht unterbrochen.

Eröffnung des neuen Bahnhofes in Böhmischem Träbau. Gestern wurde in Anwesenheit des Eisenbahnministers und zahlreicher Funktionäre des Eisenbahnministeriums und der Staatsbahndirektionen der neue Personenbahnhof in Böhmischem Träbau eröffnet, an dessen Erbauung seit dem Jahre 1919 gearbeitet wurde. Damit ist die erste Etappe des Ausbaues der Bahnstrecken in Böhmischem Träbau zu einem großen Eisenbahnknotenpunkt beendet. Die Arbeiten erforderten bisher einen Aufwand von etwa 25 Millionen Kronen die völlige Fertigstellung des Personenbahnhofes wird weitere 15 Millionen kosten. Für die Zukunft ist die Erbauung von Wohnungen für das Eisenbahnpersonal, ferner der Umbau der Heizhausanlagen und endlich die Erbauung eines modernen Rangierbahnhofes geplant.

Schwellen auf dem Bahngleise. Am letzten Sonntag wurden abends von unbekannten Tätern zwei Schwellen auf das Bahngleise zwischen Weitraub und Kraslau gelegt. Der um diese Zeit durchfahrende internationale Schnellzug warf glücklicherweise die eine Schwelle seitwärts, die andere schleifte er vor sich bis Kraslau, wo der Zug zum Halten gebracht werden mußte. Es ist kein Unfall zu verzeichnen. Nach den Tätern wird gefahndet.

Durch Einatmen von Benzolgas getötet. Am 3. Dezember gegen 8 Uhr vormittags wurde der im Hotel „Rathaus“ in Teplitz beschäftigte Chauffeur Josef Morawey von Hotelbediensteten in der Autogarage in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Der sofort herbeigerufene Arzt Dr. Hirsch konnte nur den bereits eingetretenen Tod durch Einatmen von Benzolgas konstatieren. Es blieben alle angestellten Wiederbelebungsversuche erfolglos. Die polizeilichen Erhebungen haben ergeben, daß ein Verschulden an diesem Vorfall niemandem beigemessen werden kann. — Morawey hat sich um 7 Uhr früh in die Garage begeben, um das Auto fahrbereit zu machen, weil er um 8 Uhr früh eine größere Fahrt unternehmen sollte. Er hatte jedenfalls den Motor eingestellt, um ihn zu erwärmen. Morawey dürfte sich vermutlich in das Auto gesetzt haben und eingeschlafen sein. Das Tor der Garage war verschlossen, was den Anzug der Benzolgas aus der Garage verhinderte. Die Gase haben sich in der Garage angesammelt und durch Einatmen den Tod des Morawey herbeigeführt.

Wirkwaren Diebstahl in Teplitz. Am 28. November erstattete eine Teplitzer Wirkwarenfabrik beim Polizeiamte die Anzeige, daß ihr in der Nacht vom 27. zum 28. Dezember aus der Fabrik Waren im Werte von zirka 15.000 K durch unbekannte Täter entwendet wurden. Die von der Sicherheitswache eingeleiteten Nachforschungen waren von Erfolg begleitet und führten auch zur Verhaftung der Täter. Es wurden bisher 8 Personen, welche zum Teil in dieser Fabrik beschäftigt sind, in Verwahrungshaft genommen und dem Bezirksgerichte in Teplitz-Schönan eingeliefert. Bei den vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurden größere Mengen von Waren, welche aus dieser Fabrik entwendet wurden, beschlagnahmt. Auch den Fehlern ist die Polizei auf die Spur gekommen und hat Waren bei diesen beschlagnahmt. Die bisher von der Polizei ermittelten und beschlagnahmten Waren dürften einen Wert von 5—6000 Kronen haben — Hiesu wird bemerkt, daß diese Diebstähle auf einige Jahre zurückdatieren und der Schaden, den diese Firma erleidet, sehr groß sein dürfte, weil der größte Teil der Waren bereits wieder verkauft worden ist.

Vatermord? Dienstag sollte in Doina bei Breßburg das Begräbnis des vor drei Tagen verstorbenen J. Karasjat stattfinden, der bei seinem Sohne, einem Ingenieur, in einem Dorfe bei Breßburg lebte. Die Gendarmerie wurde jedoch auf einige auffallende Umstände aufmerksam gemacht, die darauf hindeuten, daß es sich nicht um einen natürlichen Tod handelte. Dr. Hjal, ein ehemaliger Arzt, der aber als Ausländer die ärztliche Praxis nicht ausübt, gab an, daß ihn unlängst die Frau des Ingenieurs Karasjat, die Schwiegertochter des Verstorbenen, besucht und über die Familienverhältnisse Klage geführt habe. Sie habe sich dabei nach den Wirkungen verschiedener Gifte erkundigt und gefragt, ob Arsenik den Tod herbeiführe. Auf Grund der Aussage Dr. Hjals, die der Staatsanwaltschaft in Breßburg mitgeteilt wurde, hat der Staatsanwalt das Begräbnis des Verstorbenen sistiert und die gerichtliche Obduktion angeordnet, um die Ursache des Todesfalles festzustellen.

Abgängig. Wie uns aus Mähren im Vogtland gemeldet wird, hat dort der Schüler Kurt Herold, Mitglied der Arbeiter-Jugend, am 3. November sein Elternhaus verlassen, ohne bisher eine Mitteilung von seinem Aufenthaltsort zu geben. Er ist bekleidet mit braunem Manchesteranzug, braunen Schnürschuhen, grünen Stutzen und weiß und grün gestreiftem Hemd mit Schillertragen. Der Abgängige ist 14 1/2 Jahre alt und hat hellblondes Haar. Er trägt dunkelblaue Stiefel ohne Absätze, außerdem eine braune Aktentasche. Bei sich hat er eine Mitgliedskarte der sozialdemokratischen Partei, Arbeiterjugend, abgestempelt vom Stabtrat zu Wylau. Die Polizeibehörden werden gebeten, den Abgängigen bei seinem Auftauchen anzuhaltend und an die sachlichen Behörden abzuliefern.

Die künstliche Holzjellenreise und Holzversteinung erreicht! Dem Erfinder Schuyverbanne in Prag wurde die Realisierung von zwei wichtigen Erfindungen anvertraut, und zwar eine künstliche Holzjellenreise (Holzsubstanztrocknung) mittelst Oxydation und Versteinung des Holzes mittelst „Peromation“. Erster Erfindung ermöglicht einerseits anstandslos, schnelle und verhältnismäßig billige Holzjellenreise, zugleich Holzjellenreise, wodurch die bisherige Imprägnations- und Anfrischmethoden der Holzkonfektion vollkommen ersetzt werden können, andererseits beschleunigt die Umwandlung der Holzgewebzellen des Jungholzes (Splintes) in das Kernholz, wodurch auch das unreife Holz sowohl gleiche chemische Reaktion und Reaktionsfähigkeit, als auch die gleiche Widerstandsfähigkeit im Druck aufweist wie das alte Holz — Die zweite Erfindung verwandelt die Oberflache des Holzes in eine sandsteinartige Substanz, welche eine Härte und Dauerhaftigkeit des Actons aufweist.

Tschechoslowakische Klassenlotterie 11. Ziehungstag. Gestern wurden als Grundzahlen gezogen: 94 und 86. Es gewonnen: 2000 K die Lotte Nr.: 205.194 30.694 141.894 209.988 214.086 13.288 197.286 7386 62.786 183.686 156.486 46.386 22.986 37.494 183.084 183.294 156.994 68.304 93.694; 5000 K die Lose Nr.: 165.294 157.794 162.886 11.786 46.786 131.586 89.394; 10.000 K das Los Nr.: 191.786, Auf das Los Nr. 5394 entfiel außer einem Gewinn von 500 K eine Prämie von 80.000 K

Einschränkung der Feiertage in Polen. In der neuen polnischen Verordnung über die Feiertage, deren Zahl auf neun kirchliche und den Nationalfeiertag am 3. Mai reduziert wird, fällt besonders die Beseitigung des zweiten Weihnachtstages, sowie die Abschaffung des Oster- und Pfingstmontags auf. Die Verordnung wird mit dem neuen Jahr in Kraft treten.

**„Ich werde tödlich, wenn die SPD. zugrunde geht.“** Wenn es noch eines Beweises für die Sozialrevolutionarität der Kommunisten mit den Parteifreundern bedarf so hat diesen der kommunistische Stadtrat Schubert aus Jüdisau in einer Parteifreunderversammlung in Wlaskau erbracht. In seiner Diskussionsrede setzte er nach der erforderlichen Kräftigung vor dem Parteifreund an anderem, warum das Proletariat international sein müsse. Zum Schluss verriet er seine schöne Seele: er meinte, die Reichstagswahl stehe vor der Tür; es könne möglich sein, daß die SPD. einige Mandate verliere. Sollte am Ende die kommunistische Partei zugrunde gehen, dann könne er sich nur zu der Partei der Böllischen bekennen, denn dort herrsche noch ein rebellischer Geist. Diese Äußerungen Schuberts veranlaßten das tödliche Häufchen zu stürmischen Heul- und Bravourrufen. Der böllische Referent stellte im Schlußwort fest, daß ihm in den zahllosen Versammlungen, in welchen er gesprochen, noch kein Diskussionsredner so schonpathisch gegenüberstand habe wie Schubert. Kommentator wohl überflüssig!

**Goldstrümpfe!** Strümpfe, die aus Fäden von echtem Gold gewebt sind, Fäden, die aus echtem Silbergewebe bestehen, und Schuhe mit echter Goldsohle: sind diesen Winter an der Riviera das Beste und Höchste, was der Luxus erbracht hat. Doch nur Damen, die über so beliebte Reichtümer verfügen, diese Mode mitmachen können, ist klar. Wird uns doch verraten, daß das Material für ein Paar echte Goldstrümpfe mehr als 30.000 Kronen kostet. Man kann sich danach ausrechnen, welche Schwermere eine mit Silberjade, Goldstrümpfen und Goldschuhen behabte Dame an sich herumträgt. Für dieselbe Summe, die ein solches Luxusgewand zum bloßen Anziehen braucht, können ganze Familien schon Häuser für Jahrzehnte gebaut bekommen, die heute in feuchten Kellern wohnen!

**Mit Luftschiffen über den Ozean.** Der Führer des „R. R. 3“, Dr. Eckener, sprach Dienstag in Hamburg über die Gründung einer Gesellschaft für den Verkehr mit Ozeanluftschiffen. Er erklärte, daß das amerikanische Kapital sich vorläufig noch skeptisch zeige, da ihm die nötigen Erfahrungen über die Sicherheit der Luftschiffe fehle. Es lägen aber amerikanische Zusagen vor, sich an der Finanzierung einer solchen Gesellschaft zu beteiligen, wenn Deutschland ein Viertel des Kapitals aufgebracht haben würde. Dr. Eckener erklärte, das erforderliche Kapital würde 35 Millionen Mark betragen.

**Internationale Konferenz für Luftverkehr.** Die auf Vorschlag der dänischen Regierung einberufene internationale Konferenz für den Luftverkehr wurde Montag in Kopenhagen vom dänischen Verkehrsminister Friis Skott eröffnet. An der Konferenz nahmen 15 Delegierte teil, welche neun Staaten bezirten. Skott erklärte in seiner Eröffnungsrede, daß diese Konferenz als eine Fortsetzung der vorjährigen Haager Konferenz angesehen werden könne. Es werde nicht nur über neue Luftverkehrslinien verhandelt werden, sondern auch über Möglichkeiten einer technischen Verbesserung dieser Linien. Ueber Antrag der nordischen Staaten wird auch über die Einführung einer Luftverkehrslinie Kopenhagen—Berlin mit einer Verlängerung bis Prag verhandelt werden. Gleichzeitig gelangt auch die Frage des Verhältnisses des Postdienstes zum Luftverkehr zur Durchberatung.

**Rein Robelriedenspreis für das Jahr 1924.** Das Nobelkomitee hat beschlossen, den Friedenspreis für 1924 nicht zu verteilen, sondern den Betrag für das nächste Jahr zurückzulegen.

**Vor der vollständigen Aufhebung des Belagerungszustandes in Rumänien.** Die rumänische Regierung beschloß, da sie die vollständige Ruhe in der Bevölkerung feststellen hat und der Ansehung ist, daß keine Gefahr für die öffentliche Ordnung besteht, Verfügungen zu treffen, welche der Aufhebung des Belagerungszustandes in der westlichen Grenzzone und anderen Gegenden Siebenbürgens, wo bisher der Belagerungszustand bestanden hat, gleichkommen. Die Zivilbehörden werden wiederum ihre gewöhnliche Tätigkeit aufnehmen.

**An einem Rattenessen zerfällt.** Wie die Blätter aus Bordeaux melden, ist ein finnisches Sogelischiff an einem Festen zerfallen mit einer Besatzung von etwa 25 Mann gesunken.

**Mühtiger Kämpferkampf im Berliner Norden.** Zu einer richtigen Schlacht, bei der es Tote und Verwundete gab, kam es zwischen den verschiedenen Kämpferstämmen, die in Reinickendorf und Umgegend Winterquartiere bezogen haben. Einzelne Parteien waren am Samstag abends in einem Vorhof in der Winterstraße zusammengekommen und gerieten nach kurzem Wortwechsel in ein Handgemenge. Einige griffen zu den Revolvern und es wurden mehrere Schüsse abgegeben. Der Kämpfer Max Blum brach tödlich getroffen zusammen; zwei andere erlitten je einen Schuß in den Bauch und in den Unterleib; ein dritter erlitt einen Unterleib- und zwei Lungenwunden. Beide Schwerverwundeten wurden in das Reinickendorfer Krankenhaus geschafft. Es besteht keine Aussicht, sie am Leben zu erhalten. Ein vierter Kämpfer erlitt einen Armbruch. Im ganzen waren etwa 50 Kämpfer an dem Kampf beteiligt. Ein großes Schupo-Aufgebot mußte erst die Raufbolde auseinanderbringen. Die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt sich mit der Aufklärung der Angelegenheit.

**Wirkliche Bombenklammer.** Der Direktor des Theaters Plaza zu San Diego in Kalifornien hat offenbar von seinen europäischen Kollegen gelernt, wie man von sich reden macht. Er begab sich mit seinem Kellner und einem Handkoffer in die Redaktion einer Zeitung. Dort entnahm er dem Koffer eine Bombe, die er mit lebenswichtigem Wachs auf den Redaktionsstisch niederlegte. Es war wohl keine gefährliche Bombe, aber

immerhin gab es einige Verwirrung. Unter Stühlen und Stühlen entlud sich das Ungeheuer, aus dem eine Rakete entstieg, das Redaktionszimmer mit Qualm und Gestand füllte. Die Panik blieb nicht aus; der Zweck der Übung war logisch erreicht worden, daß ganz San Diego von nichts anderem als der Raketenbombe sprach. Freilich mußten es sich Theaterdirektor und Kellner gefassen lassen, zur Belohnung fürs erste eingesperrt zu werden.

**Wetterüberblick vom 3. Dezember.** In den letzten 24 Stunden war das Wetter in der Westhälfte Böhmens und in der Osthalbwelt kühl mit Tagesstemperaturen unter fünf Grad Celsius und Nachtemperaturen: nahe Null; in den übrigen Gegenden der Republik dagegen erheblich wärmer mit Höchsttemperaturen von 10 bis 14 Grad Celsius zwischen der March und der Waag und Nachtemperaturen von mehr als fünf Grad Celsius. In der Nacht auf Mittwoch hat ein Ausläufer der westlichen Depression auch in Böhmen starken Wind veranlaßt, so daß der Nebel verschwunden ist, gleichzeitig ist an vielen Orten der Republik etwas Regen gefallen (4—3 Millimeter). — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd bis vorwiegend bewölkt, ziemlich milde, Neigung zu Schauern, zeitweise Wind.

**Der Vatermord in Bar-Bozol.**

**Der Stand der Erhebungen.** Montag hat ein Arzt der Prager Polizeidirektion die Mitteilung gemacht, daß er den jungen Glaszow wegen Paranoia (Wahnsinn) behandelt habe; mit Rücksicht darauf, sowie auch wegen seines seltenen Betragens dürfte der Vatermörder auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Montag überreichte ferner der Rechtsanwalt von Glaszow beim Kaiser Bezirksgericht das Testament der Ermordeten vom 21. Oktober 1919 und eine Nachtragserklärung hierzu vom 18. August 1924. Durch diese wird eigentlich das Testament in seinen Hauptpunkten vollständig ungestoßen. Fabrikant Glaszow enterbte durch diese Klausel seinen Sohn und vermachte sein ganzes Vermögen seinen beiden Eltern. Die Enterbung erfolgte wegen des großen Ungehorsams, den der Sohn schuldig gemacht hatte. Er hatte nämlich aus dem Schreibtisch seines Vaters Dokumente entwendet, die er dann zur Anschwärzung seines Vaters mißbrauchte. Dafür, wie auch eines Bücherdiebstahles wegen, den er gleichfalls an seinem Vater beging, hatte er sich vor Gericht zu verantworten. Als ihm bei der Gerichtsverhandlung sein Vater erzürnt die Schriftstücke entreißen wollte, sprang er auf ihn zu und würgte ihn mit beiden Händen. Der junge Glaszow war übrigens kurz vorher wegen Ehrenverletzung unbedingt verurteilt worden, da er seiner Frau, in Verweigerung seiner Zustimmung zur Ehescheidung, mit einem öffentlichen Skandale gedroht hatte. Schon zur Zeit seines Zusammenlebens hatte er seine Frau, aber auch die Kinder, in rohester Weise behandelt. Im Scheidungsprozeß wies die Frau nach, daß er auf einen Ausflug nach Wien 30.000 K verbraucht habe. Auch in Marienbad verzeuete Glaszow mit halbweltlichen Frauen sehr viel Geld, wie er dem überhaupt kostspielige Verhältnisse unterhielt.

Bei der im deutschen Institute für gerichtliche Medizin in Prag vorgenommenen Obduktion der Leiche des alten Glaszow wurde festgestellt, daß er von zwei Schüssen getroffen worden war. Der erste drang ihm durchs Genick, zersplitterte den Schädelknochen und das Projektile blieb schließlich unterhalb des rechten Auges stecken. Diese Wunde war absolut tödlich. Die zweite, gleichfalls schwere, jedoch nicht tödliche Verletzung führte der andere Schuß herbe, der am Rücken vorbeiging in die Leber gedrungen war.

**Volkswirtschaft.**  
**Das englisch-russische gewerkschaftliche Abkommen.**

Die Frage der internationalen Verbindung der Gewerkschaften bildete das Hauptthema des vor kurzem abgehaltenen russischen Gewerkschaftskongresses. Durch die Anwesenheit einer Delegation der englischen Trade-Unions hat die Behandlung des Problems der internationalen gewerkschaftlichen Einheit ein internationales Interesse gewonnen.

Schon am Tage der Eröffnung des Kongresses kam ein Gogensatz zwischen den Engländern und den Russen zum Ausdruck. „Wir werden uns mit aller Energie für den Anschluß russischer Gewerkschaften an die internationale Gewerkschaftsbewegung einsetzen und ihre Aufnahme in die Amsterdamer Internationale zu erreichen suchen.“ Das war das Leitmotiv der englischen Reden. — Reinwenderte Tomsky, darauf wollen wir gar nicht eingehen, wir wollen vielmehr, daß durch Einberufung eines internationalen Einigungskongresses eine neue Gewerkschaftsinternationale geschaffen wird, der sich wie die „Amsterdamer“ so auch die russischen u. a. Gewerkschaften anschließen sollen. Das Wesentliche für die Russen ist nicht die internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften, sondern die Agitation, die bei der Vorbereitung des Kongresses getrieben wird wobei die „Amsterdamer“ den Kommunisten die Möglichkeit sichern müssen, ihre Agitation vor den breiten Massen zu führen, die jetzt von den Kommunisten nicht mehr wissen wollen.

Man hat aber in Moskau sofort eingesehen, daß man mit den Engländern nicht weit kommt, wenn man dieses Ziel deutlich zum Ausdruck bringt; schon am nächsten Tage hat daher Tomsky

versucht, den am Vorabend energisch betonten Gogensatz zu verwischen, und so ist man tatsächlich zu der Einigung mit der englischen Delegation gekommen hinsichtlich der Schaffung eines englisch-russischen Ausschusses, der sich für die internationale Einigung einsetzen soll.

Was dabei die Engländer wollen, ist deutlich in einem Artikel Purcells, des Führers der englischen Delegation in der „Pravda“ vom 19. November zum Ausdruck gebracht:

„Lassen wir die Vergangenheit beiseite“, „man vergesse das Verison, welches hauptsächlich in der persönlichen Beschäftigung zum Ausdruck kommt; ein für allemal solle man gegenwärtig damit aufhören; man solle vielmehr ein Mittel, die internationale Einheit zu festigen, eine „starke, innerlich zusammengefloßene, allumfassende internationale Föderation“ auszubauen.“

In ihrer allgemeinen Fassung können diese Sätze auf den ersten Blick völlig farblos erscheinen, und doch kann ihre Bedeutung nicht verkannt werden. Sie bilden den Ausdruck eines Willens einer wirklichen „Allumfassenden“ Gewerkschaftsinternationale. Mögen die englischen Delegierten in Konstantinopel noch so sehr in ihrer Stimmung von den kontinentalen Zweigen der Amsterdamer Internationale abweichen, grundsätzlich stehen sie mit dem gesamten internationalen Gewerkschaftsbund auf gleichen Boden.

Die Moskauer Absichten sind nicht weniger deutlich in dem Referat Losowsky's über die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung, welches dieser auf dem russischen Gewerkschaftskongress am 18. November gehalten hat, zum Ausdruck gebracht:

„Wir sind für die Einheit, weil die einheitliche Gewerkschaftsbewegung ein weiteres Feld für unsere Tätigkeit schafft, als die gestaltete Gewerkschaftsbewegung... Wir wenden uns (daher) an die Amsterdamer, an die Reformisten und sagen: wir kennen den Grund, der die Reformisten von uns Kommunisten trennt, wir wissen, daß wir in allen prinzipiellen und praktischen Fragen verschiedener Meinung sind; wir wissen, daß in den wichtigsten Fragen der Arbeiterbewegung unsere Auffassungen wie zwei Pole entgegengesetzt sind und trotzdem schlagen wir vor, auf der demokratischen (!) Grundlage einen internationalen Kongress einzuberufen. Wir legen offen: für unsere Ideen, für unsere Ansichten werden wir überroll kämpfen. Ihr werdet die Mehrheit haben, Ihr werdet die Politik machen und wir werden unsere Linie weiterführen.“

Von einer Unterordnung unter eine Disziplin, die die Grundlage einer jeden Arbeiterorganisation ist, will Losowsky nichts wissen. Nicht um den gemeinsamen Boden mit den „Amsterdamer“ Gewerkschaften zu suchen, nicht um mit vereinten Kräften das Kapital zu bekämpfen, will Losowsky sich der „allumfassenden“ Internationale anschließen, sondern lediglich um auf einer breiteren Grundlage den Kampf innerhalb der Arbeiterklasse führen zu können. Es ist lediglich ein Versuch mit anderen Mitteln die Amsterdamer Internationale zu zerlegen, und der tschechische Schächer Losowsky's Haß hat es in der Diskussion offen ausgesprochen:

„Die Vereinigung (?) der englischen und der russischen Gewerkschaften wird unvermeidlich die Spaltung der Amsterdamer Internationale zur Folge haben und wird schließlich zum Anschluß der englischen Gewerkschaften an die rote Gewerkschaftsinternationale führen.“

Die Kommunisten sind sich treu geblieben: sie wollen keine wirkliche Einheit der Gewerkschaftsbewegung, sie wollen nur eine Scheineinheit, unter deren Deckmantel sie um so leichter zu ihrem Ziele zu kommen hoffen — zur Unterordnung der Gewerkschaften unter die Diktatur der kommunistischen Parteien.

Durch den Abschluß des Abkommens zwischen dem russischen Gewerkschaftsbund und der englischen Delegation ist die internationale Gewerkschaftsbewegung nicht einen Schritt weiter gebracht worden. Erst genommen, läßt es sich kaum von einem Abkommen sprechen, denn die Vertragsparteien sind sich über den Inhalt des Abkommens nicht einig. Die noch so nötige internationale Einigung der Gewerkschaftsbewegung wird erst durch die Überwindung der kommunistischen Spaltungspolitik, durch die Unterordnung auch des kommunistisch gestimmten Teiles der Arbeiterklasse unter die allgemeine, proletarische Disziplin erreicht werden können. Diesen notwendig gleichen werden auch die russischen Gewerkschaften sich nicht auf die Dauer verschließen können.

Durch separate Abkommen der europäischen gewerkschaftlichen Landeszentralen mit den russischen Gewerkschaften, durch Abkommen, die die russischen Gewerkschaftsführer in russischer Weise gegen die internationale Einheit der Gewerkschaften auszunutzen suchen, wird der Ausbau der gewerkschaftlichen Internationale nicht gefördert, sondern vielmehr als ein Versuch seitens der russischen Gewerkschaftszentrale, den christlichen und sachlichen Verhandlungen mit der Gesamtheit der europäischen Gewerkschaften, mit dem J. O. B. die nicht mehr lange verschoben werden können, zu verzögern und die Einigkeit innerhalb der Amsterdamer Internationale zu erschüttern. Dieser Versuch wird an der Entscheidung der Amsterdamer Gewerkschaften, an ihrem erwachsenen und festen Willen zur nationalen und internationalen gewerkschaftlichen Einheit zerbrechen. Die Aufnahme der russischen Gewerkschaften in die Amsterdamer Internationale ist nur auf Grund offener und ehrlicher Politik und des Willens zur Disziplin möglich.

**Wucherpreise auf dem Weihnachtmarkt.**

Das „Pravo Sibu“ beschäftigt sich in seiner feigen Überbetsung ausführlich mit den Wucherpreisen, die gerade jetzt in der Zeit des erhöhten Verbrauches vor den Weihnachtserlögen für Süßfrüchte verlangt werden. Proletariatsrunder kernen Orangen, Datteln usw. (sowie) fast nur in ihrer kindlichen Phantasie, doch gerade zu Weihnachten erschmei sie ihnen die Aussicht, daß ihnen der Kolo oder das Christkind in Gestalt der sorgenden Eltern aus oder die andere Frucht des heiligen Sibirians auf den Gorbentisch legt. Wir mühten bis vor kurzem infolge der unsinnig hohen Zollsätze für Süßfrüchte diese wohl am reueriten auf dem ganzen Kontinent bezöhlen. Nachdem aber nach vielen Schwierigkeiten der Handelsvertrag mit Italien im Sommer von unserem Parlament angenommen und in Kraft getreten war, konnte man mit einer weitgehenden Verbilligung der Süßfrüchte wohl rechnen, denn die Zollsätze für diese Waren wurden im Vertrag ganz bedeutend herabgesetzt. Diese Zollherabsetzung beträgt z. B. bei Feigen 1.80 bis 2 K. bei Zitronen 1.10 K per Kilogramm. Am größten war die Ermäßigung bei den Orangen. Während vorher auf einem Kilogramm Orangen nicht weniger als 4.80 K an Zoll lasteten, beträgt der Zoll nunmehr nur noch 60 Heller. Auch für Datteln und Kastanien beträgt die Ermäßigung 50 Prozent (von 5.40 K auf 2.70 K). Bei einer halbwegs richtigen Preiskalkulation hätten also die Preise der Süßfrüchte um mindestens 30 bis 50 Prozent sinken sollen. Davon ist aber so gar nichts zu bemerken; die Händler verkaufen genau so teuer wie früher und die ganze Differenz zwischen den früheren und den jetzigen Zollsätzen fließt einfach in die ungründlichen Taschen der Händler.

Das Blatt schreiet: „Wir sagen offen, daß dies ein aufschreiendes Unrecht ist, für den die Arbeiter rückfichtslos bestraft werden sollten. Warum schreiten die Wucherer nicht ein? Oder werden sie erst nachhinken, bis es nach dem Weihnachtmarkt ist? Wegen dieser Wucher muß man sofort einschreiten, und zwar mit allem Nachdruck. Dürfen denn unsere Kinder wegen der elenden Habgier gewisser Leute keine billigere Orange, Dattel oder Feige erhalten?“

**Statistik der Zustände im Ostrauer Revier.** Der „Moravsko lesky Denik“ bringt ein Bild der Bergarbeiterzustände im hiesigen Revier über das 3. und 4. Quartal dieses Jahres. Von 40 Grubenbetrieben wurden 28 Gruben und von 10 Kokereien eine vom Streik betroffen. Von der Gesamtzahl von 47.530 Arbeitern (in den Gruben 43.666, in den Kokereien 3864) haben sich an den Streik 15.874 Personen beteiligt. Im dritten Vierteljahr wurden 15.847 Arbeitsstunden verfaßt. Der Verdienstertrag betrug 637.670 Kö. Der Förderertrag in der Streikzeit beträgt mehr als 165.000 Metertonnen.

**Amerikas Anteil an den deutschen Reparationen.** Dem „Petit Parisien“ zufolge wird sich die von Amerika geforderte Beteiligung an den nach dem Dawesplan erfolgenden Ratenzahlungen im Ganzen auf 2300 Millionen Goldmark belaufen und für die gleiche Zahl von Jahren wie die übrigen Forderungen der Alliierten verteilt werden.

**Gerichtssaal.**  
**Ein Jahr Gefängnis für eine Gelunbeterin.**

Berlin, 3. Dezember. Die Leiterin der „Gemeinde der christlichen Wissenschaft“ in Lübeck, Frau Koch-Gadeke, stand vor einem Lübecker Gerichte unter der Anklage, den Tod eines 14jährigen Knaben verursacht zu haben. Dem Knaben waren Splitter eines Nagels in den Unterleib gedrungen. Frau Koch erklärte, daß sie den Knaben erst und Stunden nach dem Unfall einen Arzt, der aber den Knaben nicht mehr retten konnte, während er bei sofortiger Operation gerettet worden wäre. Die Angeklagte wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

**Die Budapester Prozesse.**

**Der Prozeß gegen die Bombenattentäter.**

Budapest, 3. Dezember. (M. Z.) Nach Beendigung der Plaidoyer gestattete der Gerichtspräsident den Angeklagten unter dem Titel des Schlußwortes alles vorzubringen, was sie zu ihrer Verteidigung aussagen wollten. Der Hauptangeklagte Marffy erklärte vor allem, er habe den Worten seines Verteidigers nichts mehr hinzuzufügen. Man habe ihn in diese ganze Affäre bloß verwickelt, weil er „Entschender Ungar“ sei. Für sein respektvolles Verhalten gegenüber dem Gerichte leistet er ohne weiteres Abbitte und ersucht, seine im Kriege erlittenen schweren Verletzungen in Betracht ziehen zu lassen. Die übrigen Angeklagten beharren der Reihe nach auf ihrer vollkommenen Unschuld und bitten das Gericht um Freispruch. Auch Angeklagter Rado leistet Abbitte wegen seines Verhaltens während der Hauptverhandlung. Der Präsident erklärt hierauf Marffy die über ihn verhängte Ordnungsstrafe, hält jedoch die Ordnungsstrafe Rados aufrecht, weil dieser in der Verhandlung die Polizei grob beleidigt hätte. Der Gerichtshof zieht sich sodann zurück, um den Termin der Urteilsfällung festzusetzen.

# Vortragsabend.

Die „Freie Vereinigung für Bildungswesen“, die eine Reihe deutscher Angestellten- und Arbeiterverbände umfaßt, veranstaltet

Wittwoch, den 10. Dezember 1924,

um halb acht Uhr abends, im Saale der  
Produktenbörse

eine Vorlesung des bekannten Dichters und  
Vorkämpfers deutscher Freiheit,

## Ernst Toller.

In Ernst Toller erwachte im Kriege, als er sich unter dem ungeheuren Erlebnis des Menschheitsleidens zum Sozialisten wandelte (sein Drama „Die Wandlung“) der Dichter. Er, der als Freiwilliger ins Feld gegangen war, wurde zum Anführer des großen Nordens und zum Propheten einer neuen Menschlichkeit. Die bayerische Reaktion warf den Dichter ins Gefängnis. Hinter den Kerkerwänden im Niederschönfeld schuf Toller in den letzten fünf Jahren erschütternde Dramen und in seinen Gedichten das Reifste und Schönste, was die deutsche Lyrik seit dem Kriege zu geben hatte.

Zur Vorlesung gelangen dramatische Dichtungen, das „Schwalbenbuch“ und „Vormorgen“.

### Preise der Plätze:

Für Mitglieder und deren Angehörige: K 5.—, 8.—, 12.— und 15.—. Für Nichtmitglieder: K 9.—, 12.—, 15.— und 20.—. Stehplätze erst am Tage der Veranstaltung an der Kasse zu K 4.—.

### Mitglieder-Vorverkauf:

**Verein deutscher Arbeiter:** Freitag, den 5., und Samstag, den 6. Dezember, von halb 5 bis 8 Uhr abends. Bildungsstelle der Bank- und Sparkassenbeamten: Die Vertrauensmänner werden ersucht, die Bestell-Liste bis spätestens Samstag abzuführen. Die übrigen Organisationen: Freitag und Samstag bei ihrer Organisationsleitung oder gegen Vorweisung der Legitimation im Verein deutscher Arbeiter in oben angegebener Zeit.

### Für Nichtmitglieder

beginnt der Vorverkauf am Freitag, den 5. Dezember, bei Optiker Deutsch, Graben 25. In der Vorverkaufsstelle für Nichtmitglieder können Mitglieder der angeschlossenen Organisationen keine Begünstigung beanspruchen. Der ermäßigte Preis gilt nur bei direktem Bezug durch die Organisation.

### Der Galtiprosch.

Budapest, 3. Dezember. Verteidiger Dr. Weiß beginnt sein Plaidoyer mit der Feststellung, daß er sich in einer äußerst schwierigen Lage befindet. Das Verhalten seines Klienten während des Prozesses sei ein abstoßendes gewesen. Neben dem öffentlichen Ankläger steht auch der Schatten eines toten Staatsmannes, der eine frühe soziale Schicht in das Staatsleben eingeführt, der seinen Namen mit der Bodenreform verknüpfte, in das Buch der Geschichte eingetragen hat. Dieser Mann hat den Angeklagten aus dem Staube der gemeinen Strafe liebedeul emporgelassen und an den eigenen Tisch gesetzt. Die gegenwärtige Verhandlung habe die Aufgabe, vor der ganzen Welt klarzustellen, daß die Jahre hindurch erhobenen Anschuldigungen nicht stichhaltig und die obersten Staatsgewalten stets, auch in diesem Falle, ausschließlich die öffentlichen Interessen wahrgenommen haben.

## Zur Schankkonzessionsreform.

Die große bürgerliche Revolution, die am Ende des XVIII. Jahrhunderts in Frankreich ihren Anfang nahm und im Jahre 1848 ihren Abschluß fand, rief die Schranken des Zunftwesens und der landesväterlichen Bevormundung des Gewerbes nieder; damit waren die Grundlagen einer neuen Produktionsform geschaffen, das Kleinergewerbe und die Manufaktur konnten zur Großindustrie werden. Mit der Massenproduktion entstand auch eine Massenproduktion an alkoholischen Getränken. Während vorher Bier, Wein und Schnaps nach Art des Kleinergewerbes erzeugt wurden, entstanden von da ab die großen Brauereien und Weinindustrien. Infolge der Massenproduktion entstand selbstverständlich auch ein Massenkonsum an alkoholischen Getränken. Die Folge des Alkoholmassenkonsums aber ist die Alkoholfreiheit, die Volksrausche Alkoholisierung.

Man sollte nun meinen, daß die Gewerbeordnung Maßnahmen zum Schutze der Allgemeinheit gegen dieses gefährliche Genußmittel getroffen hat; das ist aber nicht der Fall; eher das Gegenteil. So werden Schankkonzessionen in beliebiger Menge von den Behörden erteilt; in Berlin sind z. B. im Jahre 1922 500 Bierstuben eröffnet worden. Dazu kommt, daß die Schankkon-

zessionen, die von den Behörden wohl in unbegrenzten Mengen erteilt werden — und die Behörden machen von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch — niemals, es sei denn im Straffalle, widerrufen werden können. Die Folge davon ist, daß die Konzession einen Eigentumscharakter erhält und daß sie daher gekauft, verkauft, verpachtet und vererbt werden kann. Dieser Eigentumscharakter ist neben der Trinksitte die stärkste Stütze des Alkoholisierung, denn dadurch wird das Schankgewerbe zu einem guten Spekulationsmittel und als solches kreditfähig. Der Kredit ermöglicht immer weitere Ausdehnung des Geschäftes und damit steigenden Konsum. Wir hätten also schon sehr viel erreicht, wenn wir das Schankgewerbe zu einem schlechten Spekulationsmittel gemacht hätten. (Zu welchen Konsequenzen die „ewige“ Konzession führt, zeigt der Umstand, daß ein Haus, dessen Besitzer eine Schankkonzession bekommen hat, um einen namhaften Betrag wertvoller ist; das bedeutet ein völlig arbeitsfreies Einkommen für den Hausbesitzer.)

Aber selbst wenn die Behörde mit einem Schloge keine Konzessionen mehr erteilt, würde das Alkoholen nicht besser werden, erstens weil schon jetzt zu viele Schankkonzessionen bestehen, zweitens, weil der Handel mit Alkohol in geschlossenen Gefäßen ein freies Gewerbe ist und daß daher jeder Krämer das Recht hat, Rum, Absinthe, Brandy und andere geistige Getränke in geschlossenen Gefäßen in beliebigen Mengen zu verkaufen. Man kann zwar beim Kaufmann nicht sitzen bleiben wie beim Gastwirt und ein Glas nach dem anderen austrinken, nimmt sich aber seinen Vorrat an alkoholischen Getränken mit heim und trinkt dann zu Zeiten, an denen man sonst nicht getrunken hätte. Daß diese Form des Alkoholhandels die Trunksucht im allerweitesten Ausmaße fördert, beweist ein Bericht aus Kärnten aus dem Jahre 1887, in dem über die Schnapspest geflagt wurde, obwohl es damals im ganzen Lande Kärnten nur sieben Schnapsbrenner gab. Es wurde wohl nicht so leicht zu dieser Art von Trunksucht kommen, wenn der Handel mit Alkohol in verschlossenen Gefäßen nicht vollständig frei wäre, wenn jeder, der zum Kaufmann kommt, den Alkohol nicht immer wieder aufgedrängt bekäme und wenn die breiten Volksmassen daher nicht ständig in der Gefahr der Verführung zur Trunksucht wären.

Eine Keimzelle, wenn auch innerlich noch gefährliche Rolle spielt der Handel mit alkoholhaltigen Konfekt, der ebenfalls durch feinerliche Beschränkungen seitens der Gewerbeordnung gehemmt ist. Die Gefahr dieses Teiles des Alkoholhandels ist darin gelegen, daß großenteils Kinder dessen Konsum darstellen. Dabei enthält der alkoholische Konfekt den schlechtesten Fusel, d. h. er enthält große Mengen Holagerst.

Um nun eine wirksame Besserung der Alkoholschäden zu erreichen, muß man eine gründliche Reform des Schankkonzessionswesens durchführen, durch die zwar die Alkoholfreiheit nicht beseitigt wird, die aber den ersten Schritt zu ihrer Beseitigung bedeuten würde.

Genosse Dr. Holitscher veröffentlicht im „Abstinenz“ einen Gesetzesentwurf zur Reform des Schankwesens, dessen wichtigste Punkte hier besprochen seien. Genosse Dr. Holitscher will vor allem das Eigentumsrecht der Konzessionen beseitigen, deshalb sieht er vor, daß Schankkonzessionen nur auf eine bestimmte Zeit erteilt werden sollen (zehn Jahre). Dieser Antrag ist eine Selbstverständlichkeit; „Konzession“ bedeutet Erlaubnis d. h. „Erlaubnis auf Widerruf“ und nicht Schenkung. Zum Unterschied vom englischen Gesetz, das Konzessionen mit beschränkter Dauer schon seit langem kennt, aber damit das Gegenteil dessen erzielt, was beabsichtigt war, hat Genosse Dr. Holitscher in seinem Gesetzesentwurf eine Entschädigung für Verlust der Konzession nicht vorgesehen. Anstelle dessen ist den Gastwirten Zeit gegeben, sich „anzustellen“, da die bereits bestehenden Konzessionen erst zehn Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes erlöschen sollen. Nach dieser Frist wird aber nur ein Bruchteil der heute bestehenden Konzessionen wiedererteilt. Es soll dann in Orten über 10.000 Einwohner eine Konzession auf 500 Einwohner, auf solche unter 10.000 Einwohner eine auf 400 Einwohner verliehen werden. In diese Zahl sind die Verkaufsstellen alkoholischer Getränke aller Art in geschlossenen Gefäßen einbezogen. Die Konzessionen können nach dem Antrag des Genossen Dr. Holitscher nicht verpachtet und verkauft und können im Allgemeinen nicht vererbt werden. Vererbbar sind sie nur dann, wenn die Schankwirtschaft der Witwe oder den minderjährigen Kindern die einzige Existenzmöglichkeit bietet.

Aus all dem ist ersichtlich, daß dieser Entwurf die Schankkonzession, die zum Eigentum geworden war, dieses Eigentumscharakter entzieht und zu einer „Erlaubnis“ im wahren Sinne des Wortes macht.

Ein risikantes Gewerbe wird der Ausschank erst durch die folgenden Bestimmungen des Entwurfs. In ihnen ist eine wichtige und wertvolle Neuerung eingeführt. Wenn bisher die alleinige Bestimmung über die Konzessionsverteilung in Händen der Behörden lag, wird von da ab das Hauptwort bei der Konzessionsverteilung die Masse des Volkes zu sprechen haben. Es werden die Gemeindevorwähler in zehnjährigen Intervallen darüber zu entscheiden haben, ob alle Konzessionen, die nach dem oben erwähnten Schlüssel zu vergeben sind, zur Verteilung gelangen oder nur 75 Prozent oder auch nur 25 Prozent. Durch diese Bestimmung wird das Schankgewerbe risikant, denn die Gastwirte müssen darauf gefaßt sein, daß eines Tages überhaupt keine Konzession mehr erteilt wird. Unter solchen Umständen wird ein Kapitalist nicht ohne weiteres bereit sein, sein Geld dem Schankwirt zur Verfügung zu stellen. Wenn das eintritt, wird der Alkoholisierung

eine starke Stütze verloren haben und wir sind damit einen bedeutenden Schritt vorwärts gekommen. Was aber das Wichtigste an dieser Neuerung ist, ist der Umstand, daß die unmittelbar an der Alkoholfreiheit interessierten, die Gattin und die nächsten Angehörigen des Trinkers, und alle jene, denen am Wohle der Allgemeinheit gelegen ist, in dieser Angelegenheit ihr entscheidendes Wort in die Waagschale werfen können. Ferner wird der Gemeindevorwähler die Gelegenheit wahrnehmen, wenn er über die oben erwähnten Fragen entscheiden soll, sich über die Alkoholfreiheit zu orientieren, und nichts kann zur Bekämpfung der Volksrausche mehr beitragen, als daß die breiten Massen über deren Wesen genau orientiert sind. Diese Volksabstimmung über Schankkonzessionen stellt eine neue Art der Verwaltung und damit einen neuen Weg zur Demokratie dar. Die Gesamtheit der Gemeinde wird als entscheidende Instanz angerufen, nicht ein Amt oder eine Körperschaft. Dadurch wird die Verantwortung für die Entscheidung jeden einzelnen treffen und er wird sich ihrer bewußt auch auf die anderen Gebiete des öffentlichen Lebens übertragen und so wird der Gedanke der Demokratie in das Volk eindringen, denn Demokratie existiert nur dort, wo alle sich ihrer Verantwortlichkeit der Gesamtheit gegenüber bewußt sind.

Weiter sieht der Gesetzesentwurf vor, daß bei Erteilung von Konzessionen in erster Linie die Gemeinden und gemeinnützige Gesellschaften berücksichtigt werden müssen. Diese dürfen aber neben einer festgelegten Vergütung und einer entsprechenden Tätigkeitsquote des investierten Kapitals keinen Gewinn von dem Schankbetrieb haben. Die diesen Betrag überschreitende Summe wird zur Bekämpfung der Alkoholschäden verwendet. Wie nötig die Bestimmung ist, daß die Gemeinde keinen Reingewinn aus ihren Schänken ziehen darf, lehrt uns die Finanznot unserer Gemeinden. Die Gemeinde würde bestrebt sein, falls diese Bestimmung nicht wäre, den Alkoholhandel zu einem rentablen Gewerbe, zu einer guten Einnahmsquelle zu machen und dies ginge nur auf Kosten der Volksgesundheit. Etwas Ähnliches erleben wir beim Schnapsmonopol in Rußland und erleben es heute in Deutschland, wo der Staat als alleiniger konfurrenzloser Schnapsbrenner, das Volk direkt zur Trunksucht verführt; allerdings sind die Millionen, die das deutsche Schnapsmonopol trägt, eine Einnahme, die Ausgaben über Ausgaben nach sich zieht.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die im Schankgewerbe beschäftigten Angestellten am Alkoholen nicht interessiert sein dürfen, denn sonst würden sie die Rolle des zum Trinken anmahnenden Wirtes übernehmen. Eine weitere Bestimmung sagt, daß der Handel mit Schnapskonfekt ebenfalls ein konzessioniertes Gewerbe ist, daß er aber in Verbindung mit einem anderen Gewerbe ausgeübt werden kann. Nur muß der Schnapskonfekt als solcher gekennzeichnet sein, getrennt aufbewahrt werden und darf nicht an jugendliche Personen unter 18 Jahren verkauft werden.

Man sollte meinen, daß dieser Gesetzesentwurf die Zustimmung aller derer finden würde, die aus „prinzipiellen Gründen“ nicht für eine „extreme“ Abstinenz, sondern für die Mäßigkeit eintreten; aber es zeigt sich, daß auch dieser Entwurf nicht Gnade in deren Augen findet. Bezeichnend ist, daß die Kaufleute ausgerechnet eine Kundgebung gegen die Teuerung (siehe Bericht „Bohemia“ vom 7. November d. J.) dazu benötigen, um gegen den Antrag des Genossen Holitscher zu demonstrieren. Die Argumente, die die Herren Kaufleute vorbringen, sind wirklich kolossal überzeugend: erstens stammt der Antrag von den Sozialdemokraten; das ist sicherlich ein Grund dafür, daß ihn jeder rechtschaffene Kaufmann bekämpfen muß; zweitens würden durch die Trockenlegung die Kartellisten bei uns eingebürgert. Der Alkohol ist zwar ebenfalls ein Kartellum, doch ist dort jedenfalls nur ein Coca und Opium gemeint. Es wird hier also der Versuch gemacht, den Kampf gegen ein eingebürgertes Genußmittel, dessen verheerende Wirkung sich von Tag zu Tag steigert,

dadurch in Mißkredit zu bringen, daß man das Schreckgespenst eines neuen Genußmittels beschwört. Sicher ist, daß man durch Duldung des einen Genußmittels das andere eher einbürgern läßt. Uebrigens würden sich auch die Kaufleute hierzulande nicht schämen, für das Cocain einzutreten, wenn sie nur daran verdienen könnten. J. L. Prag.

## Kunst und Wissen.

Karl Hoffmann, der Primgeiger des weltberühmten böhmischen Streichquartetts, hat den künstlerischen Mut gefunden, Johann Sebastian Bachs Sonaten für Solovioline erstmalig in Prag inausmaßig zur Aufführung zu bringen. Die homophone (einstimmige) Art der Violine, die mehr oder weniger immer der unterstützenden und Klangergänzenden Begleitung eines anderen Instrumentes bedarf, setzt höchste Künstlerkraft des Geigers im persönlichen Sinne voraus, wenn sie als reines Soloinstrument für die Dauer eines ganzen Konzertes nicht monoton wirken soll. Die künstlerische Tat Hoffmanns ist um so höher zu werten, als dieser Geiger keineswegs eine blendende Künstlerpersönlichkeit ist. Technisch ist sein Spiel zwar vollkommen, entbehrt aber jener bestürzenden Sinnlichkeit des Tons, die dem Vortrage erquickende Farbe verleiht. In den ersten, der zünftigen Aufführung der Bachschen Violinsonaten dienenden Konzerte im Smetanasaale spielte Herr Hoffmann die Sonate in G-Moll und die Partiten in E-Dur und D-Moll. Der mäßige Besuch des Konzertes bewies, daß im tschechischen Konzertsaale dieselbe Teilnahmslosigkeit des Publikums reinen Kunstveranstaltungen gegenüber herrscht, wie im deutschen. —ok.

Für die Arbeitervorstellung „Der Ruh“ am Sonntag, Nachmittag, sind, wie uns mitgeteilt wird, bereits alle Karten vergriffen.

**Spielplan des Neuen Theaters.** Heute Donnerstag, Gastspiel Tyrolt „Das große Hemd“; Freitag „Zauberflöte“; Samstag, Gastspiel Tyrolt „Großstadtlust“; Sonntag nachmittags Arbeitervorstellung „Der Ruh“, abends „Kinobühnen“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Donnerstag „Illusionen“; Freitag „Blauer Zirkus“; Samstag „Clo-Clo“; Sonntag 3 Uhr nachmittags „Illusionen“; abends Gastspiel Tyrolt „Großstadtlust“.

## Bereinsnachrichten.



**Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag II, Jägerrobo nam. 4. Nikolov-Abend** Freitag, 5. Dez., im Café Nizza. Beginn 8 Uhr. Weitere Vorträge, Tanz, Geschenke erst abends mitbringen. — **Sonntag, 7. Dez., Raudrager Wald.** Aenderung des Treffpunktes auf Wilsch, Endstation der 3er-Bahn um 2 Uhr nachm. Führung: Plan. — **Winter-sport-Sektion.** Wir haben zahlreiche Beitritte zu verzeichnen. Das Programm der Skifahrer wird am 19. Dez. besprochen. Um die Relation Prag — Aussig haben wir angefragt. Als Stützpunkt dient dann unser Rollendorfer Heim. 3100

## Turnen und Sport.

**Kommende Wettspiele in Prag.** Sonntag: Turnier am Slovaplaz: DFC gegen Rußland und Slavia gegen Brävoice. Am Spartaplaz: Sparta gegen Viktoria Zizkov. Weitere Spiele: Meteor VII gegen Cecilia Karlin, Praha VII gegen Olympia VII, S.R. Russe gegen Viktoria Russe, Malostransk gegen Cechoslavan Praha. Montag: Turnier am Slovaplaz, Sparta gegen S.R. Libec.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech.  
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riechler.  
Druck: Deutsche Zeitungs- & B. Prag  
Für den Druck verantwortlich: 6014

## DRUCK- u. VERLAGSANSTALT

Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehlte sich den p. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinuden und Kaufleuten zur Erstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitungsseiten, Zirkularen, Mitglied-scheinen, Einladungen, Paketen, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotation-betrieb.

## IN TEPLITZ-SCHÖNAU

Tischlergasse Nr. 6.

**Kalla's Fischkonserven**  
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.  
Verlangen Sie daher nur  
**Kalla's Fischkonserven**  
in allen Konsumvereinen erhältlich.

## Inserieren Sie im Sozialdemokrat!

## Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



**Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt Gartner & Co., Bodenbach a. C.**  
S. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypen, Verlag, Buchbinder, neuere Setz- und Glasmaschinen mit einer Kapitalleistung von 500.000 Gulden, Rotationsmaschinen mit einer Kapitalleistung von 200.000 Gulden. Fernsprecher Nr. 371. Postpartalle Nr. 127.643